

# Finanzen und Wirtschaftspolitik

## Finanzwirtschaft

Im Jahre 1979 entwickelte sich die heimische Wirtschaft deutlich besser als erwartet: das höchste Wirtschaftswachstum seit 1976, ein kräftiger Exportboom, weiterhin Vollbeschäftigung und geringe Inflation. Während vor Jahresfrist der Erstellung des Voranschlages 1979 ein Wirtschaftswachstum von real 3,0 Prozent zugrunde gelegt worden war, wurde tatsächlich die 5-Prozent-Marke erreicht, womit Österreich nur von Finnland mit 7,0 Prozent und Japan mit 6,0 Prozent Wachstum übertroffen wurde. Als Wachstumsmotor erwiesen sich insbesondere die Exporte, die gegenüber 1978 um real 13,5 Prozent gewachsen sein dürften. Im Vergleich dazu betrug das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland 4,5 Prozent und in der Schweiz 0,5 Prozent. Für die OECD-Länder insgesamt sowie für OECD-Europa wird mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 3,0 Prozent gerechnet, so daß Österreich mit 5,0 Prozent wesentlich über dieser Marke liegt. Hinsichtlich der Inflationsrate war diese in Österreich im Jahre 1979 die niedrigste im internationalen Vergleich. Sie lag mit 3,7 Prozent gegenüber 3,6 Prozent im Jahre 1978 ziemlich deutlich unter jener der Schweiz mit 4,9 Prozent und der Bundesrepublik Deutschland mit 5,7 Prozent. Im Vergleich dazu betrug die Inflationsrate in Frankreich 11,0 Prozent, in Italien 15,8 Prozent und in Großbritannien 16,5 Prozent. Von wesentlicher und ausschlaggebender Bedeutung ist jedoch, daß es in Österreich auch 1979 gelang, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslosenrate hat sich gegenüber 1978 sogar von 2,1 Prozent auf 2,0 Prozent verringert, wobei der Beschäftigtenstand im Jahresdurchschnitt mit 2,780.000 ein neues Rekordniveau erreichte. Demgegenüber wurden von den Statistikern für den EG-Raum per Ende September die Zahlen der Arbeitslosen auf 5,9 Millionen oder 5,4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung geschätzt.

Wenn es nun für den Bereich der Bundeshauptstadt Wien gelang, die Arbeitslosenrate mit durchschnittlich 1,5 Prozent sogar unter jene des Bundesdurchschnittes zu drücken, dann ist dies nicht zuletzt auf die erfolgreiche Budgetpolitik einerseits, als auch auf eine Reihe wirtschaftsfördernder Maßnahmen andererseits zurückzuführen. So wurden die in den vergangenen Jahren begonnenen großen Investitionsvorhaben im Jahre 1979 zügig fortgesetzt, wobei ein Teil des Finanzierungserfordernisses durch Anleihe- und Kreditoperationen auf dem inländischen Kapitalmarkt bedeckt wurde. Insgesamt beliefen sich die Fremdmittelaufnahmen auf rund 4.612,1 Millionen Schilling. Etwa 3.750,0 Millionen Schilling wurden für die Finanzierung von Investitionen im Bereich der Wiener Stadtwerke herangezogen, rund 859,0 Millionen Schilling für die Fortsetzung des städtischen Wohnbaues einschließlich Wohnungsverbesserung. Zu den obgenannten Fremdmittelaufnahmen kommen noch Kreditzuzahlungen aus WBF-Mitteln von rund 845,2 Millionen Schilling und aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds im Betrag von rund 524,8 Millionen Schilling. Für die Gewährung von Darlehen im Rahmen der Wohnungsverbesserung sowie im Zusammenhang mit der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke hat die Stadt Wien im Jahre 1979 in rund 7.500 Fällen die Bürgschaft mit einem Gesamtbetrag von 411,0 Millionen Schilling übernommen.

Nachdem sich die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke—Verkehrsbetriebe auf Grund stagnierender Erlöse, aber ansteigender Betriebskosten in den letzten Jahren wesentlich verschlechterte — der Finanzbedarf konnte trotz des Zusammenwirkens im Rahmen des Verkehrsverbundes sowie finanzieller Hilfestellungen der Hoheitsverwaltung (Pensionsentlastung, Kapitalaufstockungen usw.) nur teilweise abgedeckt werden —, ergab sich die Notwendigkeit, der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung der Verkehrsbetriebe Einhalt zu gebieten und diese Teilunternehmung auf eine neue finanzielle Basis zu stellen. Ab 1. Jänner 1979 sorgen die Wiener Stadtwerke—Elektrizitätswerke und Gaswerke im eigenen Rahmen für die Tilgungen der bis 31. Dezember 1978 aufgelaufenen Schulden der Verkehrsbetriebe aus Anleihen und Krediten, während die Hoheitsverwaltung ab demselben Zeitpunkt den Zinsendienst und darüber hinaus die Finanzierung des verbleibenden jährlichen Geldbedarfes der Verkehrsbetriebe übernimmt. Soweit die Mittelzufuhr der Hoheitsverwaltung der Finanzierung von Investitionen der Verkehrsbetriebe dient, erfolgt diese in Form von Kapitalzufuhren, für andere Zwecke im Wege von Betriebskostenzuschüssen. Da somit in Hinkunft bei den Verkehrsbetrieben keine neue Verschuldung entstehen kann, wird die bisherige Entwicklung der Kapitalüberfremdung zum Stillstand gebracht.

Die Realisierung der neuen Hafenkonzepte für die Hafen Albern und Freudenau machte eine generelle Strukturbereinigung bei den bisher beteiligten Unternehmungen notwendig. Im Rahmen dieser Konzepte kam es zur Gründung der Wiener Hafen GmbH. Darüber hinaus ist aus der Fusion der Wiener Städtischen Lager und Kühlhaus GmbH und der Wiener Hafen- und Lagerbetrieb; Planungs-, Ausbau- und Koordinations-GmbH (PLAKO) die Wiener Hafen und Lager Ausbau- und Vermögensverwaltungs-GmbH hervorgegangen, während die bisherige Wiener Hafen Betriebs-GmbH in Wiener Hafen, Lager- und Umschlagbetriebe GmbH umbenannt wurde, die den Hafenbetrieb als solchen für die Wiener Hafen GmbH führt.



Mit dem Bund wurde im Jahre 1979 eine Vereinbarung über die Verwirklichung eines Schienenverbundprojektes abgeschlossen, das neben dem Bau der U-Bahn-Linien U 3 und U 6 durch die Stadt Wien den Ausbau der Vorortelinie zu einer Schnellbahn und die Einrichtung einer Schnellbahnverbindung vom Bahnhof Wien-Mitte zum Flughafen Schwechat durch die Österreichischen Bundesbahnen beinhaltet. Der Finanzierungsplan der Österreichischen Bundesbahnen hinsichtlich der Schnellbahnstrecken sieht Investitionszuschüsse des Landes Wien von insgesamt 865,0 Millionen Schilling vor, die in den Jahren 1979 bis 1981 zu leisten sind.

Für die seit Jahren gemeinsam mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien bestehende Kreditaktion zur Förderung von Wiener Klein- und Mittelbetrieben hat die Stadt Wien im Jahre 1979 4,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurde auf Grund der großen Nachfrage an Krediten im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion der Gesamtkreditrahmen um 30,0 Millionen Schilling auf 150,0 Millionen Schilling bei gleichzeitiger Verbesserung der Förderungsleistungen aufgestockt. Großen Anklang fand wiederum die Wiener Kleinbetriebezuschußaktion für Neugründungen und Modernisierungen (KBZ-Aktion), was die positive Erledigung von 613 Anträgen zeigt. Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 207,0 Millionen Schilling wurden Zuschüsse im Betrag von mehr als 8,0 Millionen Schilling getätigt.

## Stadthaushalt

Mit Beginn des Jahres 1980 war eine grundlegende Änderung in der Haushaltsführung für den Bereich der Bundeshauptstadt Wien vorgesehen, und zwar dahin gehend, daß erstmals für die Erstellung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse die Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1974, BGBl. Nr. 493/1974 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, zu Anwendung gelangen sollte, wobei gleichzeitig sowohl die Veranschlagung als auch die Verrechnung auf automatische Datenverarbeitungsanlagen umzustellen war. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Änderung des gesamten Rechnungssystems für eine Gebietskörperschaft, wie sie die Bundeshauptstadt darstellt, umfangreiche und äußerst komplizierte Vorbereitungen erforderlich macht, unterscheidet sich doch das neue Verrechnungssystem grundsätzlich von dem bisherigen. Hierbei war von entscheidender Bedeutung, daß die entsprechenden Vorbereitungen so rechtzeitig getroffen wurden, daß die Erstellung des Voranschlags für das Jahr 1980, die ja bereits ab Sommer 1979 bei den einzelnen Dienststellen vorbereitet wurde, ohne wesentliche Schwierigkeiten möglich war. So wurde bereits Ende 1977 seitens der Finanzverwaltung ein Zeitplan erstellt, nach dem sowohl die Information sämtlicher Dienststellen des Magistrates erfolgen, als auch die Umformung des Voranschlags für das Jahr 1979 auf die VRV vorgenommen werden sollte. Die dazu von der Finanzverwaltung ausgearbeiteten und zur Verfügung gestellten Unterlagen waren ein neues Ansatzverzeichnis an Stelle der bisherigen Rubriken, ein ebenso vollkommen neues Postenverzeichnis, ein Überleitungsschema von den bisherigen Rubriken auf die neuen Ansätze und schließlich sowohl Erläuterungen als auch ein Sachregister zum Postenverzeichnis. Mit Hilfe dieser, wie sich zeigen sollte, ausreichenden Unterlagen war es den Dienststellen im Einvernehmen mit den zuständigen Buchhaltungsabteilungen möglich, den offiziellen Voranschlag für das Jahr 1979 nach der VRV umzuformen und die entsprechenden Teilvoranschläge der Finanzverwaltung bis Ende Jänner 1979 zu übermitteln. Diese Elaborate der Dienststellen wurden, meist in Zusammenarbeit mit diesen und den zuständigen Buchhaltungsabteilungen, in aufwendiger Kleinarbeit überarbeitet, die erforderlichen Übersichten zusammengefaßt und druckreif fertiggestellt, so daß bereits im Frühsommer 1979 der nach der VRV umgeformte Voranschlag 1979 in gedruckter Form als Grundlage für die Erstellung des Voranschlags 1980 zur Verfügung stand. Dank der vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen und der Finanzverwaltung war es somit möglich, die Erstellung des Voranschlags für das Jahr 1980 ohne wesentliche Schwierigkeiten auf der Grundlage der VRV vorzunehmen.

Die grundlegendste Änderung bei der Erstellung sowohl der Voranschläge als auch der Rechnungsabschlüsse besteht darin, daß die Gliederung nicht wie bisher nach institutionellen (nach Verwaltungsgruppen), sondern nach funktionellen Gesichtspunkten in folgende zehn Aufgabengruppen erfolgt:

Gruppe	Bezeichnung
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft
3	Kunst, Kultur und Kultus
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
5	Gesundheit
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr
7	Wirtschaftsförderung
8	Dienstleistungen
9	Finanzwirtschaft



Innerhalb der Aufgabengruppen erfolgt in drei Dekaden eine weitere Untergliederung, so daß sich schließlich vierstellige Ansätze (bisher Rubriken) ergeben. Die Anzahl der Ansätze ist durch eine weitergehende Auffächerung mehr als doppelt so groß wie die Anzahl der bisherigen Rubriken.

Die neue Postengliederung weicht gleichfalls wesentlich von der bisherigen ab, da sich der neue Kontenplan an den in der Privatwirtschaft gebräuchlichen Einheitskontenrahmen des Österreichischen Produktivitätszentrums anlehnt. Folgende Postenklassen sind vorgesehen:

Klasse	Bezeichnung
0	Anlagen
1	Vorräte
2	Geld, Wertpapiere, Geschäftsanteile, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzung
3	Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung
4	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie Handelswarenverbrauch
5	Leistungen für Personal
6	Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
7	Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
8	Laufende Einnahmen
9	Kapital und Abschlußkonten

Die weitere Aufteilung der Postenklassen erfolgt in Unterklassen (zweistellig) und Posten (dreistellig). Sollte in einzelnen Fällen mit dieser Postengliederung nicht das Auslangen gefunden werden, ist in weiteren drei Stellen eine sogenannte Manualaufteilung möglich. Da die Posten der Postenklassen 0 bis 3 sowohl Einnahmen als auch Ausgaben umfassen können (zum Beispiel in der Klasse 0 Erwerb und Veräußerung von Anlagen, in der Klasse 2 Gewährung und Rückzahlung von Darlehen, Rücklagenzuführungen und Rücklagenentnahmen, in der Klasse 3 Aufnahme und Rückzahlung von Darlehen), dient zur Unterscheidung der Haushaltshinweis, und zwar „1“ für Ausgaben und „2“ für Einnahmen.

Auf der Ausgabe Seite lagen die Schwerpunkte beim öffentlichen Nahverkehr, beim Gesundheitswesen, beim Wohnhausbau und beim Brückenbau, wofür insgesamt 11,9 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt wurden. Davon entfallen auf den Nahverkehr einschließlich U-Bahn-Bau 7.916,3 Millionen Schilling, auf die Investitionen bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten 1.306,4 Millionen Schilling, davon 800,0 Millionen Schilling für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und 115,0 Millionen Schilling für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, auf den Wohnhausbau 2.327,9 Millionen Schilling und auf Brückenbauten, insbesondere für die Floridsdorfer und Reichsbrücke, 384,1 Millionen Schilling.

Maßgebend für die Erstellung des Voranschlags waren weiterhin die Bestimmungen des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien sowie die einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung. Demnach erfolgte die Gliederung des Voranschlags in zehn Hauptstücke, wobei innerhalb der Hauptstücke die einzelnen Einnahme- und Ausgabeansätze zu Rubriken zusammengefaßt sind, die im allgemeinen den Dienstzweigen entsprechen. Die in der Verwaltungsgruppe Verkehr und Energie geführten Unternehmungen der Stadt Wien stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Bei den Gesamteinnahmen wurde gegenüber 1978 mit einer Steigerung um 6,5 Prozent auf 48.828.309.900 S, bei den Gesamtausgaben mit einer solchen um 4,6 Prozent auf 50.844.950.600 S gerechnet. Aus der Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ergab sich ein Gebarungsabgang von 2.016.640.700 S, das waren 4,0 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 5,7 Prozent im Jahre 1978. Dieser Abgang war durch Mehreinnahmen und Minderausgaben beziehungsweise durch die Auflösung von Rücklagen und durch Kreditoperationen zu finanzieren.

Nachstehende Übersicht zeigt die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Geschäftsgruppen:

	Einnahmen in Millionen Schilling	Ausgaben
Personal und Sport .....	919,4	2.685,1
Inneres und Bürgerservice .....	344,1	1.408,6
Finanzen und Wirtschaft .....	28.546,5	14.093,7
Kultur, Jugend und Bildung .....	3.009,4	6.060,8
Gesundheit und Soziales .....	4.786,6	10.141,3
Stadtplanung .....	19,2	141,8
Bauten .....	2.284,1	3.319,7
Wohnen .....	5.358,4	6.693,3
Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz .....	2.650,3	3.987,8
Verkehr und Energie .....	910,3	2.312,8



In nachstehender Tabelle sind die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen dargestellt:

Einnahmen	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Landes- und Gemeindeabgaben und Zuschläge zu den Wettgebühren .....	4.803,5	9,8
Einnahmen aus dem Finanzausgleich .....	13.245,8	27,1
Gebühren und Betriebsentgelte .....	5.856,5	12,0
Einnahmen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 .....	3.190,1	6,5
Fremdmittelaufnahme ohne Stadtwerke .....	2.124,8	4,4
Fremdmittelaufnahme für Stadtwerke .....	2.898,9	5,9
Interne Fremdmittelverrechnung .....	1.164,4	2,4
Beitrag der Stadtwerke zum Schuldendienst .....	2.577,1	5,3
Sonstige Einnahmen .....	12.967,2	26,6
	48.828,3	100,0

Der prozentuelle Anteil der Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich der Zuschläge zu den Wettgebühren sank um 0,1 Prozent auf 9,8 Prozent, wobei, wie bereits erwähnt, mit Mehreinnahmen von 267,2 Millionen Schilling gerechnet wurde. Mehreinnahmen sollten insbesondere die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die Lohnsummensteuer, die Vergütungssteuer, die Getränke- und Gefrorenessteuer sowie die Anzeigen- und Ankündigungsabgabe erbringen.

Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich sollten trotz der aus seinerzeitiger Sicht zu erwartenden Lohn- und Einkommensteuersenkung einen Mehrertrag von 600,0 Millionen Schilling erbringen, wobei sich der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen um 0,5 Prozent auf 27,1 Prozent verringerte.

Der Anteil der Gebühren und Betriebsentgelte stieg gegenüber 1978 von 11,7 Prozent auf 12,0 Prozent, wobei die nominelle Steigerung von 506,1 Millionen Schilling vorwiegend auf höhere Pflegegebühren bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, auf höhere Kanalgebühren und auf Mehreinnahmen bei den Wassergebühren zurückzuführen war.

Die Einnahmen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 blieben anteilmäßig mit 6,5 Prozent gegenüber 1978 nahezu unverändert. Gerechnet wurde mit 2.790,0 Millionen Schilling an Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und mit 400,1 Millionen Schilling an Rückflüssen und Erträgen.

Die Fremdmittelaufnahmen ohne Stadtwerke sanken anteilmäßig von 6,4 Prozent im Jahre 1978 auf 4,4 Prozent, wobei dieses Absinken auf einen geringeren Fremdmittelbedarf für den Wohnhausbau zurückzuführen war. Vorgesehen war die Aufnahme von Hypothekendarlehen mit 903,4 Millionen Schilling gegenüber 1.377,2 im Jahre 1978, ferner von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Kanal- und Wasserbauten mit 243,0 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 13,0 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 für den Sozialen Wohnbau mit 904,7 Millionen Schilling (1978 1.292,1 Millionen Schilling), von Darlehen zur Vorfinanzierung von Bundeszuschüssen mit 35,0 Millionen Schilling und von Bundesdarlehen für den Wohnbau mit 5,1 Millionen Schilling.

Die Fremdmittelaufnahme für die Wiener Stadtwerke stieg anteilmäßig von 5,7 auf 5,9 Prozent, wobei mit der Aufnahme einer Investitionsanleihe in Höhe von 2.400,0 Millionen Schilling, von Darlehen in Höhe von 410,0 Millionen Schilling und einem Teilerlös einer DM-Anleihe in Höhe von 88,9 Millionen Schilling gerechnet wurde.

Die interne Fremdmittelverrechnung verringerte sich anteilmäßig von 3,6 auf 2,4 Prozent, wobei in dieser Post die Weitergabe von Hypothekendarlehen, der Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds sowie der Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz an die eigenen Dienststellen enthalten ist.

Der Beitrag der Stadtwerke zum Schuldendienst stieg anteilmäßig von 4,6 auf 5,3 Prozent, wobei die nominelle Steigerung 461,5 Prozent betrug. Vom gesamten Schuldendienst in Höhe von 2.577,1 Millionen Schilling entfielen 2.056,6 Millionen Schilling auf den Anleihendienst und 520,5 Millionen Schilling auf Tilgung und Verzinsung von Darlehen.

Die sonstigen Einnahmen waren anteilmäßig mit 26,6 Prozent beteiligt, das ist gegenüber 1978 eine Steigerung von 2,5 Prozent. Mit Mehreinnahmen wurde insbesondere bei den Ersätzen des Bundes für die Besoldung der Landeslehrer, bei den Beiträgen der Wiener Stadtwerke zu deren Pensionslasten, bei den Mietzinseinnahmen und Betriebskostensätzen der städtischen Wohnhäuser, bei den Wertabschreibungen, bei den Entnahmen aus Sonderrücklagen und bei den Zuschüssen und Beiträgen zum U-Bahn-Bau sowie bei den Beiträgen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerechnet.

In folgender Tabelle sind die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Aufwandarten gegliedert:

Ausgaben	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Personalaufwand .....	13.655,7	26,9
Erhaltungsaufwand .....	1.891,1	3,7



Ausgaben	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Aufwendungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 .....	3.547,1	7,0
Fremdmittel für Stadtwerke .....	2.898,9	5,7
Interne Fremdmittelverrechnung .....	1.164,4	2,3
Schuldendienst ohne Stadtwerke .....	1.358,5	2,7
Schuldendienst für Stadtwerke .....	2.577,1	5,1
Sonstiger Sachaufwand .....	13.861,9	27,2
Investitionen .....	9.890,2	19,4
	50.844,9	100,0

Der Personalaufwand stieg anteilmäßig um 1,0 auf 26,9 Prozent, wobei die nominelle Steigerung gegenüber 1978 1.080,3 Millionen Schilling betrug. Berücksichtigt wurde sowohl die Gehaltserhöhung ab 1. Jänner 1979 als auch die Vermehrung der Dienstposten um 291 auf 43.458 Bedienstete. Die Anzahl der Pensionisten blieb mit durchschnittlich 18.600 gegenüber 1978 unverändert.

Beim Erhaltungsaufwand betrug der nominelle Anstieg 85,7 Millionen Schilling, der prozentuelle Anteil blieb gegenüber 1978 mit 3,7 Prozent unverändert.

Der Anteil der Aufwendungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 betrug 7,0 Prozent, das ist um 0,3 Prozent beziehungsweise 277,0 Millionen Schilling mehr als 1978. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln entfielen 2.790,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Bundes, 400,1 Millionen Schilling auf die Rückflüsse und Erträge und 357,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Landes Wien.

Die Weitergabe der für die Wiener Stadtwerke und für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Fremdmittel war mit 2.898,9 beziehungsweise 1.164,4 Millionen Schilling in gleicher Höhe wie bei den Einnahmen ausgewiesen. Der Anteil des Schuldendienstes ohne Stadtwerke stieg durch das Mehrerfordernis von rund 112,0 Millionen Schilling geringfügig von 2,6 auf 2,7 Prozent. Ein stärkerer anteilmäßiger Anstieg war beim Schuldendienst der Stadtwerke um 0,7 auf 5,1 Prozent zu verzeichnen, wobei die nominelle Steigerung 440,7 Millionen Schilling betrug.

Ein starkes Ansteigen des Anteiles an den Gesamtausgaben mit nominell 1.332,6 Millionen Schilling beziehungsweise 10,6 Prozent war beim sonstigen Sachaufwand zu verzeichnen. Der Anteil an den Gesamtausgaben stieg um 1,4 auf 27,2 Prozent. Verursacht wurde diese Steigerung vorwiegend durch höhere Ansätze für Verbrauchsmaterialien, für allgemeine Unkosten, für Sondererfordernisse, für Beteiligungen, ferner durch die Beiträge an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und an den Wasserwirtschaftsfonds sowie durch Zuschüsse beziehungsweise Baukostenbeiträge an den Bund im Rahmen von Vorfinanzierungsvereinbarungen für Autobahn- und sonstige Bundesstraßenprojekte in Wien. Für Investitionen standen insgesamt 9.890,2 Millionen Schilling zur Verfügung, wobei durch Verringerung der Ausgabeansätze beim Wohnhausbau im Rahmen des fünfjährigen Wohnbauprogramms und beim U-Bahn-Bau deren Anteil an den Gesamtausgaben von 22,2 auf 19,4 Prozent absank.

In der Verwaltungsgruppe **Personal und Sport**, 1. Hauptstück, stiegen die Gesamtausgaben von 2.473,5 Millionen Schilling im Jahre 1978 auf 2.685,1. Für den Personalaufwand und den persönlichen Sachaufwand der gewählten Funktionäre und der Bediensteten der Hoheitsverwaltung waren 2.490,0 Millionen Schilling erforderlich gegenüber 2.290,1 im Jahre 1978. Die Gesamtausgaben für Sportangelegenheiten stiegen von 174,4 Millionen Schilling auf 195,2, wovon 49,2 Millionen Schilling auf Investitionen und 86,2 auf Förderungsbeiträge entfielen.

Im Rahmen der Investitionen waren 5,8 Millionen Schilling für den Neubau des Wiener Hallenstadions, 10,5 für das Sportzentrum West einschließlich Ausbau der Westtribüne, 7,5 für die Wiener Stadthalle, das Stadionbad und den Donaupark sowie 13,1 für das Wiener Stadion bestimmt.

Im 2. Hauptstück, Verwaltungsgruppe **Inneres und Bürgerservice**, wurde mit Gesamtausgaben von 1.408,6 Millionen Schilling gegenüber 1.294,4 im Jahre 1978 gerechnet. Im Rahmen der Präsidialausgaben standen 12,0 Millionen Schilling für Empfänge, Feierlichkeiten und sonstige Repräsentationsausgaben, 6,0 Anerkennungsgaben, 2,0 für Landesehrenzeichen und sonstige Ehrungen und 0,5 Millionen Schilling für Aufwendungen nach dem Ermessen des Bürgermeisters zur Verfügung. Die für Sofortmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel blieben mit 10,5 Millionen Schilling unverändert. Ferner waren in dieser Verwaltungsgruppe 140,6 Millionen Schilling für den von der Stadt Wien zu tragenden Aufwand beim Neubau der Reichsbrücke vorgesehen, weitere 9,0 Millionen Schilling standen für Untersuchungen auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes zur Verfügung. Das Stadtgartenamt rechnete mit Gesamtausgaben von 343,5 Millionen Schilling, wovon 27,7 auf Verbrauchsmaterialien und 28,9 auf bauliche Herstellungen entfielen. Von letzteren waren 4,9 Millionen Schilling für die Neugestaltung des Karlsplatzes, 2,5 für Baumpflanzungen in Straßen und Plätzen und 4,0 Millionen Schilling für die Neuherstellung beziehungsweise Umgestaltung und Instandsetzung schadhafter Einfriedungen, Ballfanggitter, Hinweistafeln usw. bestimmt. Für die Stadforste einschließlich Quellenschutzforste war mit 117,3 Millionen Schilling, davon 7,1 für die Erhaltung der baulichen und forstlichen An-



lagen, für den Landwirtschaftsbetrieb mit 0,3 Millionen Schilling vorgesorgt. Für das Informationswesen wurden 67,4 Millionen Schilling bereitgestellt, wovon allein 22,0 auf die Herstellung des „Amtsblattes der Stadt Wien“, von „wien aktuell“, auf die Landesgesetzblätter, auf die Rathauskorrespondenz und auf den Wohnungstauschanzeiger entfielen. Weitere 3,7 Millionen Schilling waren für Provisionen, 3,5 für Insertionen, Abgaben und Spesen und 14,0 für Publikationen bestimmt. Darüber hinaus war mit 18,0 Millionen Schilling für Bürgerservice und Presseunterstützung, mit 19,3 für die Durchführung der Nationalratswahl 1979, mit 11,7 für die Kosten der Führung der Wählerevidenz und mit 5,0 Millionen Schilling für die Geschäfte der Bezirksvorsteher vorgesorgt. Für Feuerwehr und Katastropheneinsatz erhöhte sich der Ausgabenrahmen von 504,6 auf 554,5 Millionen Schilling, wovon 486,8 Millionen Schilling auf den Personalaufwand, 13,7 auf den Erhaltungsaufwand und 26,0 Millionen Schilling auf Bauinvestitionen entfielen. Im Rahmen der Investitionen waren 5,9 Millionen Schilling für den Neubau der Feuerwache Landstraße und 12,0 für die Anschaffung von Katastropheneinsatzgeräten bestimmt.

Im 3. Hauptstück, Verwaltungsgruppe Finanzen und Wirtschaft, stiegen die Gesamtausgaben von 13.058,4 Millionen Schilling im Jahre 1978 auf 14.093,7, das ist eine Steigerung um 7,9 Prozent. Folgende größere Posten sind in dieser Gesamtsumme enthalten:

	Schilling
Darlehen für die Stadtwerke, für Bundesschulbauten, für andere Verwaltungszweige .....	1.609,452.000
Beiträge an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds beziehungsweise an den Wasserwirtschaftsfonds .....	173,912.000
Beteiligungen .....	1.000,000.000
Schuldendienst (3. Hauptstück) .....	3.848,694.300
Reserve für unvorhergesehene Ausgaben .....	700,000.000
Zinsen und sonstige Zuschüsse für Kreditaktionen .....	210,407.000
Darlehen und Betriebskredite .....	62,201.000
Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen .....	200,000.000
Anleihepesen .....	97,396.500
Investitionsanleihe 1979 .....	2.400,000.000
Weitergabe von Zuschüssen des Bundes aus zweckgebundenen Mitteln für den Nahverkehr ...	121,600.000
Belastung der Hoheitsverwaltung durch die Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke .....	1.727,801.000
Hafen- und Lagereinrichtungen .....	68,157.600
Verbesserter Hochwasserschutz .....	598,514.000
Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien .....	223,051.000
Subventionen und Beiträge .....	290,000.000
Automatische Datenverarbeitung .....	60,333.300
Allgemeiner Sachaufwand .....	203,608.500
Zentraler Einkauf .....	102,023.500
Wirtschaftsförderung .....	182,777.000

Im Rahmen des Finanzausgleiches war die Weitergabe von Zuschüssen des Bundes aus zweckgebundenen Mitteln für den Nahverkehr mit 121,6 Millionen Schilling sowie von Beiträgen an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und an den Wasserwirtschaftsfonds mit 115,9 beziehungsweise 58,0 Millionen Schilling vorgesehen. Von den Gesamtausgaben für das bewegliche Vermögen im Ausmaß von 1.492,4 Millionen Schilling war 1 Milliarde Schilling für Beteiligungen bestimmt, davon 880,0 Millionen Schilling für eine Kapitalaufstockung bei den Wiener Stadtwerken—Verkehrsbetrieben. Der Aufwand für den Schuldendienst für im Rahmen der Finanzverwaltung verrechnete Anleihen und Darlehen erhöhte sich um 481,4 auf 3.848,7 Millionen Schilling, wovon 2.577,1 Millionen Schilling auf den Schuldendienst der Wiener Stadtwerke entfielen. Unter Hinzurechnung der in anderen Geschäftsgruppen vorgesehenen Ausgabeansätze für Tilgungen und Verzinsung ergab sich ein Gesamtschuldendienst von 3.935,6 Millionen Schilling, wobei unter Berücksichtigung der für die weitergegebenen Fremdmittel geleisteten Ersätze für die Hoheitsverwaltung ein Schuldendienst von 1.305,8 Millionen Schilling verblieb. Die Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke erforderte einen Aufwand von 1.727,8 Millionen Schilling, wovon 705,1 von den Stadtwerken ersetzt wurden, so daß ein Nettoerfordernis von 1.022,7 Millionen Schilling verblieb. Ferner waren in dieser Verwaltungsgruppe 68,2 Millionen Schilling für Hafen- und Lagereinrichtungen veranschlagt, davon 48,5 Millionen Schilling für Verkehrswasserbauten und 182,8 für die Wirtschaftsförderung, wovon 155,5 Millionen Schilling auf die Aufschließung von Betriebsbaugeländen entfielen. Für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes stieg der Gesamtaufwand von 506,4 Millionen Schilling auf 598,5, wovon 346,3 für das linke Donauufer, 176,0 für den linken Donausammelkanal mit Hochwasserpumpwerk und 42,0 Millionen Schilling für das rechte Donauufer zur Verfügung standen. Der Beitrag der Stadt Wien für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien stieg von 204,8 im Jahre 1978 auf 222,3 Millionen Schilling. Der allgemeine Sachaufwand der nicht betriebsmäßig verrechneten



Zweige der Hoheitsverwaltung erforderte insgesamt 203,6 Millionen Schilling, davon unter anderem 40,2 Millionen Schilling für Raum- und Hauskosten, 65,7 für Kanzleierfordernisse, Drucksorten, Postgebühren und dergleichen und 41,1 Millionen Schilling für die Erfordernisse der Datenverarbeitungsanlagen. Für den unternehmerischen Bereich der automatischen Datenverarbeitung standen überdies auf einer eigenen Rubrik 60,3 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Kultur, Jugend und Bildung, 4. Hauptstück, stiegen von 5.633,1 auf 6.060,8 Millionen Schilling, wovon 3.660,3 Millionen Schilling auf die Schulen entfielen. Dem Kulturamt standen 515,1 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 18,2 Millionen Schilling für Ausstellungen und Veranstaltungen, 374,8 für die Förderung von Wissenschaften, Kunst und Volksbildung, 25,0 für die Wiener Festwochen und 48,0 Millionen Schilling für die Fremdenverkehrsförderung. Für Investitionen waren 4,5 Millionen Schilling veranschlagt, davon 2,0 Millionen Schilling für die Schaffung von Autobusparkplätzen beim Jugendgästehaus Hütteldorf und 1,4 für Instandsetzungsarbeiten im Internationalen Studentenheim Döbling. Der Ausgaberrahmen der Musiklehranstalten stieg von 68,7 Millionen Schilling im Jahre 1978 auf 74,7, der der Modeschule von 14,5 Millionen Schilling auf 15,7. Vom Gesamtaufwand der Büchereien in Höhe von 62,4 Millionen Schilling entfielen allein 41,6 auf Personalkosten. Für die Altstadterhaltung und Denkmalpflege waren 48,2 Millionen Schilling vorgesehen, davon 43,2 als Förderung aus dem Ertragnis des Kulturschillings und 4,0 für die Stadt- und Ortsbildpflege. Für die Erfordernisse der Museen waren 30,5 Millionen Schilling bestimmt, davon 3,2 Millionen Schilling für Ausstellungen und 1,4 für bauliche Maßnahmen im Historischen Museum der Stadt Wien.

Für die Aufgaben des Jugendamtes waren rund 27,0 Millionen Schilling bestimmt, wovon 6,3 Millionen Schilling auf Säuglingswäschepakete und 17,9 auf die Schulen für Sozialberufe, auf die Erziehungsberatung und auf Publikationen entfielen. Die Gesamtausgaben der Heime für Kinder und Jugendliche stiegen von 361,6 Millionen Schilling auf 397,0, wovon 21,6 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung standen. Der Aufwand der Kindertagesheime stieg von 732,1 auf 807,3 Millionen Schilling, wobei die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf 29.144 in 1.075 Gruppen erhöht werden konnte. Für die Errichtung von weiteren Kindertagesheimen waren 53,0 Millionen Schilling bestimmt, davon 15,0 Millionen Schilling für die Errichtung des Kindertagesheimes in 11, Muhrhoferweg, 2,5 Millionen Schilling für die Errichtung des Kindertagesheimes in 23, Rudolf Zeller-Gasse, 5,2 Millionen Schilling für die Errichtung des Kindertagesheimes in 21, Schloßhofer Straße, 9,0 Millionen Schilling für die Generalrenovierung des Kindertagesheimes in 16, Rosenackerstraße und 8,6 Millionen Schilling für größere Instandsetzungen. Überdies war im Rahmen des eigenen Wohnbaues die Errichtung von fünf weiteren Kindertagesheimen vorgesehen. Der Gesamtaufwand der Schulen stieg von 3.399,5 auf 3.660,3 Millionen Schilling, wovon 2.907,2 Millionen Schilling auf den Personalaufwand einschließlich Landeslehrer, 511,6 auf den Sachaufwand und 241,5 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Die Gesamtzahl der Schüler verringerte sich um 910 auf 141.410, wobei an den Volks- und Sonderschulen sowie beim Polytechnischen Lehrgang ein Rückgang, bei den Haupt- und Berufsschulen hingegen ein Anstieg zu verzeichnen war. Im Rahmen der baulichen Investitionen wurde mit der Errichtung von 15 allgemeinbildenden Pflichtschulen sowie mit dem Neubau von 4 weiteren begonnen. Bei den Berufsschulen wurden die Erweiterung, Modernisierung und der Umbau im II. Zentralberufsschulgebäude mit 12,6 Millionen Schilling und der Umbau des Gebäudes in 7, Zieglergasse 7—11, für berufsschulische Zwecke mit 15,0 Millionen Schilling fortgesetzt.

Im 5. Hauptstück, Verwaltungsgruppe Gesundheit und Soziales, erreichte der Aufwand mit 10.151,3 Millionen Schilling 20 Prozent der Gesamtausgaben, wobei die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 762,2 Millionen Schilling beziehungsweise 8,1 Prozent betrug. Allein beim Sozialamt betrug die Steigerung auf 1.020,9 Millionen Schilling gegenüber 1978 15,3 Prozent beziehungsweise 135,8 Millionen Schilling. Bestimmt waren 269,9 Millionen Schilling für den Heimhilfedienst, 218,9 für Dauerleistungen, 83,6 für Aushilfen, 118,3 für Blindenbeihilfen, 111,1 für die Behindertenhilfe, 112,0 für die Ausfallhaftung für Wiener Pensionistenheime und 20,0 Millionen Schilling für Mietzinsbeihilfen. An Verpflegskosten im Rahmen der Sozialhilfe für die Unterbringung in eigenen Anstalten standen 313,4 Millionen Schilling, für die Unterbringung in fremden Anstalten und Heimen 73,1 zur Verfügung. Das Gesundheitsamt rechnete mit Gesamtausgaben von 23,9 Millionen Schilling, wovon 6,4 auf ärztliche Erfordernisse und 10,3 auf fachärztliche Untersuchungen entfielen. Für die hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt waren 15,7 und für die Desinfektionsanstalt 6,1 Millionen Schilling bestimmt. Bei den Wohlfahrts- und Krankenanstalten standen den Gesamteinnahmen von 4.576,6 Millionen Schilling Ausgaben in Höhe von 8.582,4 Millionen Schilling gegenüber, so daß sich einschließlich der auf den eigenen Sozialhilfeträger entfallenden Pflegegebühren in Höhe von 307,1 Millionen Schilling ein Abgang von 4.313,0 Millionen Schilling errechnete. Durch die Zuschüsse aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds war erstmals ein Absinken des Abganges gegenüber dem Jahre 1978 um 305,9 Millionen Schilling festzustellen. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 8.582,4 Millionen Schilling entfielen 135,2 auf die Erhaltung der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, 1.411,1 auf Verbrauchsmaterialien wie Arzneien, Lebensmittel und dergleichen, 1.150,9 auf bauliche Investitionen und 155,5 Millionen Schilling auf Inventaranschaffungen. Von den baulichen Herstellungen waren 15,0 Millionen Schilling für die Energieversorgung im Krankenhaus Lainz,



14,0 für die Adaptierung und Zubau am Pavillon 27 für Zentrallabor und Dermatologie im Wilhelminenspital, 70,0 für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, 28,9 für die Brandschadenbehebung in der Psychiatrischen Universitätsklinik und 800,0 Millionen Schilling für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses bestimmt. Weitere 6,0 Millionen Schilling standen für die Planung des Geriatriischen Krankenhauses Webergasse, 18,0 für die Adaptierung des Pavillons II, 7,0 für den Pavillon „Vindobona“ im Pflegeheim Baumgarten und 10,0 Millionen Schilling für den Umbau und Instandsetzung des Pavillons 17 auf der Baumgartner Höhe zur Verfügung. Von den Inventaranschaffungen entfielen 4,2 Millionen Schilling auf die Anschaffung eines Betatrons im Krankenhaus Lainz, 4,0 auf die Verbesserung des Einrichtungsstandards im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, 45,0 auf die Einrichtung des Personalwohnhauses, der Schule und des Internats im Sozialmedizinischen Zentrum Ost und 15,0 Millionen Schilling auf die Einrichtung des Personalwohnhauses im Pflegeheim Lainz.

Für die Verwaltungsgruppe *Stadtplanung*, 6. Hauptstück, standen Gesamtausgaben in Höhe von 141,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfielen 44,1 Millionen Schilling auf die Stadtstrukturplanung, 4,5 Millionen Schilling auf die Plan- und Schriftenkammer und 2,9 Millionen Schilling auf die Versuchs- und Forschungsanstalt. Die Ausgaben für technische Verkehrsangelegenheiten stiegen von 75,6 Millionen Schilling auf 86,8 Millionen, wovon 45,1 Millionen Schilling für die Erhaltung und den Betrieb und 41,2 Millionen für den Neubau und Ausbau von Verkehrsanlagen vorgesehen waren.

Durch die geringeren Erfordernisse für den Wohnhausbau und den Brückenbau verminderte sich der Gesamtaufwand im 7. Hauptstück, Verwaltungsgruppe *Bauten*, von 4.129,7 Millionen Schilling auf 3.319,6 Millionen. Zur Weiterführung des vorgesehenen Wohnbauprogramms beim eigenen Wohnhausbau waren 2.327,9 Millionen Schilling erforderlich gegenüber 2.940,0 Millionen Schilling im Jahre 1978. Die insbesondere mit dem eigenen Wohnhausbau in Zusammenhang stehenden Ausgaben für das Baugewerbe und das Baunebengewerbe beliefen sich auf 12.608,0 Millionen Schilling beziehungsweise 24,8 Prozent der Gesamtausgaben. Für die Amtsgebäude waren 125,8 Millionen Schilling erforderlich, davon 48,3 Millionen für die Erhaltung und 74,8 Millionen für Neubauten, wobei von letzteren 11,0 Millionen Schilling auf den Umbau des Hauses Ebendorferstraße 4, 5,0 Millionen Schilling auf die Prüf- und Versuchsanstalt in 11, Rinnböckstraße, und 7,1 Millionen auf den Neubau des Ausbildungszentrums für Sozialberufe entfielen. Für den Straßenbau waren insgesamt 440,1 Millionen Schilling vorgesehen, wobei auf die Erhaltung der Straßen 132,9 Millionen Schilling und auf den Neubau 298,0 Millionen entfielen. An größeren Vorhaben waren die Projekte „Neilreichgasse“ und „Philadelphiabrücke“ mit 6,5 Millionen beziehungsweise 6,0 Millionen Schilling, die Triester Straße von Spinnerin am Kreuz bis Kundratstraße mit 6,0 Millionen Schilling, die Unterführung der Südbahn im 23. Bezirk, Endresstraße, mit 7,3 Millionen Schilling und die Unterführung der Südbahn im 23. Bezirk, Atzgersdorfer Straße, mit 6,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner standen 25,1 Millionen Schilling für Straßenbauten bei städtischen Wohnhausanlagen, 30,0 Millionen für die Behebung von Frostschäden und 55,0 Millionen Schilling für Projektierungen zur Verfügung. Durch die Fertigstellung der Floridsdorfer Brücke sanken die Ausgaben für Brücken- und Wasserbauten von 527,7 Millionen auf 351,4 Millionen Schilling. Für die Floridsdorfer Brücke waren 145,0 Millionen Schilling gegenüber 400,0 Millionen im Jahre 1978 erforderlich. Weitere 58,6 Millionen Schilling standen für Brückenrevisionen und bauliche Erhaltung, 11,0 Millionen für den Umbau der Großen Marxerbrücke und 27,0 Millionen für die Regulierung des Schwechatwildbaches zur Verfügung.

Im 8. Hauptstück, Verwaltungsgruppe *Wohnen*, stiegen die Gesamtausgaben von 6.167,6 Millionen um 525,7 Millionen auf 6.693,3 Millionen Schilling. Von den Gesamtausgaben waren allein 3.936,9 Millionen Schilling für die Wohnbauförderung bestimmt, wovon 3.547,1 Millionen auf Darlehen, Zuschüsse und Wohnbeihilfen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 entfielen. Dieser Betrag setzte sich aus den Leistungen des Bundes mit 2.790,0 Millionen Schilling, aus den Leistungen des Landes Wien mit 357,0 Millionen und aus den Rückflüssen und Erträgen mit 400,1 Millionen Schilling zusammen. Für Zuschüsse und Wohnbeihilfen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz waren 113,4 Millionen Schilling und für sonstige Darlehen, Zuschüsse und Wohnbeihilfen zur Förderung des Wohnungsbaues 253,4 Millionen Schilling enthalten. Für die städtischen Wohnhäuser waren 2.263,5 Millionen Schilling erforderlich, wovon 339,8 Millionen auf die Erhaltung der Wohnhäuser, 888,9 Millionen auf Steuern und Betriebskosten und 99,6 Millionen Schilling auf bauliche Herstellungen entfielen. Von letzteren waren 63,0 Millionen Schilling für Aufzugseinbauten und 25,6 Millionen für Umbauten im Rahmen des Wohnbauförderungs- beziehungsweise Wohnungsverbesserungsgesetzes bestimmt. Der Aufwand für Mietzinse zur Unterbringung von städtischen Dienststellen in fremden Gebäuden stieg von 35,9 Millionen auf 37,9 Millionen Schilling. Für die Erwerbung von Grundstücken und für Grundfreimachungen standen 370,9 Millionen Schilling zur Verfügung. Für weitere Grunderwerbungen beziehungsweise Grundfreimachungen waren im Rahmen der Wirtschaftsförderung, der Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes, des U-Bahn-Baues und der Hafen- und Lagereinrichtungen 44,8 Millionen Schilling veranschlagt. Für die Erhaltung des städtischen Privatgrundbesitzes waren 5,5 Millionen Schilling, für Kredite an Siedler und Kleingartenvereine 6,0 Millionen und für Grundsteuern 30,3 Millionen Schilling vorgesehen.

In der Verwaltungsgruppe *Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz*, 9. Hauptstück, stieg der Gesamtaufwand von 3.742,0 um 245,8 auf 3.987,8 Millionen Schilling. Die



Gesamtausgaben für Kanalisation stiegen von 577,2 Millionen Schilling auf 683,1, wovon 383,6 Millionen Schilling auf Kanalbauten und 36,6 auf die Erhaltung der bestehenden Anlagen entfielen. Von den Kanalbauten waren 200,4 Millionen Schilling für die Errichtung der Hauptkläranlage, 58,0 für die Verlängerung des linken Hauptsammelkanals mit Überfallpumpwerk und Donaukanaldüker, 34,0 für die Verbindung zwischen Donau-düker und linkem Hauptsammelkanal und 36,0 Millionen Schilling für sonstige Kanalbauten erforderlich. Von den Gesamtausgaben der Wasserwerke in Höhe von 919,1 Millionen Schilling erforderte der Personalaufwand 188,8, die Erhaltung der Wasserleitungsanlagen 204,6 und die baulichen Herstellungen 227,8 Millionen Schilling. Von letzteren wurden 54,0 Millionen Schilling für die Errichtung der III. Wasserleitung, 9,0 für die Ringleitung Ost, 10,3 für Rohrlegungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Floridsdorfer Brücke und 30,0 Millionen Schilling für den Ausbau des Rohrnetzes aufgewendet. Für die öffentliche Beleuchtung standen 192,9 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 28,7 für den Neubau und Umbau der öffentlichen Beleuchtung. Für die Friedhöfe einschließlich Friedhofsgärtnereien und Steinmetzwerkstätte ergaben sich Gesamtausgaben von 260,3 Millionen Schilling, wovon für die Instandhaltung der Friedhofsanlagen 24,5, für Verbrauchsmaterialien 30,4 und für bauliche Herstellungen 9,5 Millionen Schilling bestimmt waren. Für die Bäder war ein Gesamtaufwand von 401,1 Millionen Schilling erforderlich, davon 138,0 für bauliche Herstellungen. Unter anderem entfielen 13,8 Millionen Schilling auf die Errichtung des Hallenbades Hietzing, 21,7 auf die Errichtung des Höpflerbades in Atzgersdorf, 9,2 auf das Hallenbad Simmering und 11,2 auf größere Instandsetzungen im Amalienbad. Die Ausgaben für Stadtreinigung und Fuhrpark stiegen um 76,9 Millionen Schilling auf 1.103,6. Der größte Teil der Ausgaben summe entfiel mit 705,9 Millionen Schilling auf den Personalaufwand, weitere 37,3 waren für Inventarerhaltung, 47,6 für Verbrauchsmaterialien, 41,3 für Beförderungskosten und 33,0 Millionen Schilling für die Müllbeseitigung durch Private vorgesehen. Von den Investitionen in Höhe von 41,3 Millionen Schilling waren 15,2 für die Anschaffung von Fahrzeugen und 9,0 für Mülltonnen samt Zubehör bestimmt. Das Marktamt rechnete mit Gesamtausgaben von 192,0 Millionen Schilling, wobei im Rahmen der baulichen Herstellungen 6,9 Millionen Schilling auf den Neubau eines Lebensmittel- und Fleischedetailmarktes im Zentrum Landstraße entfielen. Die Weiterführung der Bauarbeiten und die Einrichtung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt erforderten 5,2 Millionen Schilling. Für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx beliefen sich die Gesamtausgaben auf 162,7 Millionen Schilling. Davon waren 72,8 Millionen Schilling für den Personalaufwand, 77,3 für den Sachaufwand und 12,6 Millionen Schilling für die Errichtung zentraler Versorgungsanlagen bestimmt.

Im 10. Hauptstück, Verwaltungsgruppe **V e r k e h r u n d E n e r g i e**, war mit 2.312,8 Millionen Schilling für den U-Bahn-Bau vorgesorgt. Von den Gesamtkosten entfielen 1.626,8 Millionen Schilling auf bauliche Herstellungen, 615,2 auf die Anschaffung von U-Bahn-Wagen und 46,0 auf die Leitstelle Karlsplatz. Im Rahmen der baulichen Herstellungen waren für das Grundnetz der Linien U 1, U 2 und U 4 1.166,1 Millionen Schilling, für die Verlängerung der Linie U 1 nach Kagran 351,4 Millionen Schilling und für Traktionsstromversorgungsanlagen 90 Millionen Schilling bestimmt.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 25. bis 27. Juni 1979 genehmigte **R e c h n u n g s - a b s c h l u ß** für das Jahr 1978 ergab bei Gesamteinnahmen von 49.672,8 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 49.330,8 Millionen Schilling einen Überschuß von 342,0 Millionen Schilling. Somit konnte nicht nur der im Voranschlag für das Jahr 1978 ausgewiesene Abgang von 2.769,1 Millionen Schilling ausgeglichen werden, sondern auch dieser Überschuß zum Ausgleich der Jahresrechnung einer Investitionsrücklage zugeführt werden. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 2.264,9 Millionen Schilling.

Der **V o r a n s c h l a g** der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1980, der erstmals im Sinne der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1974, BGBl. Nr. 493/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, nach funktionellen Gesichtspunkten erstellt und in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. bis 13. Dezember 1979 beschlossen wurde, rechnet bei Gesamteinnahmen von 50.105,7 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 52.773,5 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 2.667,8 Millionen Schilling, das sind 5,1 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr 4,0 Prozent). Der Gebarungsabgang ist wie in den vergangenen Jahren, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken beziehungsweise durch Kreditoperationen zu finanzieren.

## Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten

Am 19. Dezember 1979 trat die vom Bund und dem Land Wien geschlossene Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an denen der Bund und das Land Wien interessiert sind, LGBl. für Wien Nr. 21/1979, in Kraft. In dieser Vereinbarung verpflichten sich die Vertragsparteien, eine Reihe von Vorhaben im Sinne einer koordinierten und in den Zielsetzungen abgestimmten Entwicklung der Bundeshauptstadt sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu verwirklichen, wobei die Schwerpunkte auf dem Bereich des Verkehrs und des Hochwasserschutzes liegen. Im Schienenverbundprojekt sind die zweite Ausbaustufe der Wiener U-Bahn mit den Linien U 3 von Breitensee über Stephansplatz bis Erdberg und U 6 von Heiligenstadt über den Gürtel und die Philadelphiabrücke nach Siebenhirten sowie die Flughafenschnellbahn und die



Schnellbahn auf der Vorortelinie vorgesehen. Hierbei konnte hinsichtlich der finanziellen Beteiligung eine befriedigende Lösung gefunden werden. Der Bund wird 50,0 Prozent der Investitionskosten für die U-Bahn-Strecken tragen, die Stadt Wien übernimmt entsprechend dem Nahverkehrsmodell 20 Prozent für die Schnellbahnstrecken. Die prozentuelle Kostentragung soll verhindern, daß die Lastenaufteilung zwischen den Vertragspartnern durch allfällige Baupreiserhöhungen verschoben wird, wie dies beim Kostenzuschuß des Bundes zum U-Bahn-Grundnetz der Fall war. Um die Finanzierung des Bundesstraßenbaues auf Wiener Gebiet zu sichern, hat sich Wien verpflichtet, bis zum Ausmaß von 3 Milliarden Schilling Sonderfinanzierungsverträge abzuschließen. Zum Hochwasserschutz wird der Bund einen Pauschalbetrag von 1 Milliarde Schilling leisten.

Die Verhandlungen mit den Wiener Stadtwerken über eine Hilfe für die Verkehrsbetriebe zu ihrer Entschuldung konnten abgeschlossen werden. Die getroffene Regelung sieht vor, daß die Hoheitsverwaltung die Zinsen der bis Ende 1978 aufgelaufenen Schulden der Verkehrsbetriebe sowie ab 1979 die Finanzierung ihres jährlichen Geldfahbedarfes übernimmt.

Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, daß die bisher vom Bund gehandhabte Verrechnung der Erstattungsbeträge an Bausparer auf das Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer nicht der Rechtslage entspricht. Damit wurde klargestellt, daß den Ländern Wien und Salzburg bei der Abwicklung des Finanzausgleiches enorme finanzielle Nachteile erwachsen. Wien hat daher an das Bundesministerium für Finanzen den Antrag auf Nachzahlung der seit 1973 vorenthaltenen Ertragsanteile und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz gestellt.

Im Jahre 1979 erfolgte die Umstellung der Haushaltssystematik auf die von der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vorgeschriebenen Form. Der Voranschlag 1980 ist der erste der Stadt Wien, der nach dem neuen System gegliedert ist. Zur Vorbereitung wurde Anfang des Jahres 1979 der noch nach dem alten System erstellte Voranschlag 1979 umgeformt. Dadurch konnten sich die Dienststellen mit dem neuen System vertraut machen.

Begleitend zum jeweiligen Voranschlag wird dem Gemeinderat auch ein Finanz- und Investitionsplan für die nächsten fünf Jahre vorgelegt. Die Umstellung der Haushaltssystematik auf die VRV erforderte auch in diesem Falle eine völlige Neubearbeitung. Der Erstellung des Finanz- und Investitionsplanes liegt die Annahme zugrunde, daß es in den nächsten Jahren gelingen wird, die erzielten wirtschaftspolitischen Erfolge weiter abzusichern und eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung mit jährlichen realen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes von 3 bis 3,5 Prozent zu gewährleisten. Als durchschnittliche nominelle Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes wurden für den Prognosezeitraum 7 Prozent angenommen. Der Aufbau des Finanz- und Investitionsplanes wurde beibehalten. Gesonderte Darstellungen wurden der Vereinbarung mit dem Bund über Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an denen der Bund und das Land Wien interessiert sind, und der Entschuldung der Verkehrsbetriebe gewidmet.

Durch die 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 315/1979, wurde der Höchstbetrag der Leistungen des Bundes für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien auf 16,5 Milliarden Schilling erhöht. Da die Stadt Wien von diesen Leistungen nach Abzug des Personal- und Sachaufwandes der Gesellschaft 35 Prozent zu ersetzen hat, erhöht sich auch die Beitragsleistung der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat daher am 19. November 1979 eine Erhöhung des Sachkredites auf rund 5,7 Milliarden Schilling genehmigt.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist an erster Stelle die Ansiedlung von General Motors auf dem Gelände des Flughafens Aspern zu nennen. Wesentlich ist dabei die vertragliche Vereinbarung, daß sich General Motors bemühen wird, bei der Errichtung des Motorenwerkes österreichische Waren und Dienstleistungen einzusetzen. Dasselbe wird für das Getriebewerk gelten. Damit sollen der Wiener Wirtschaft allein in der ersten Ausbaustufe Aufträge im Ausmaß von 400 Millionen Schilling zufließen.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 27. Juni 1979 wurden die Richtlinien der Garagenförderungsaktion dahingehend modifiziert, daß nunmehr im Interesse der Stadterneuerung die bisherige Untergrenze der geschaffenen Stellplätze im dicht bebauten Gebiet unterschritten werden kann und daß nun auch Hochgaragen außerhalb des Einzugsbereiches von Geschäftsstraßen im dicht bebauten Gebiet generell gefördert werden können.

Eine weitere wesentliche Förderungsmaßnahme wurde mit der Schaffung der Exportförderungs- und Exportberatung-GmbH im März 1979 ins Leben gerufen. Zur Förderung der Exporttätigkeit von Wiener Unternehmen übernimmt die Stadt Wien die Ausfallhaftung bis zu 90 Prozent der Kreditsumme. Die Einlage der Stadt Wien beträgt 100 Millionen Schilling.

Eine umfassende Darstellung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in Wien geben die beiden im Jahre 1979 erschienenen Hefte der „Wiener Wirtschaftsberichte“. Darin ist auch dem Problemkreis der Nahversorgung sowie der konjunkturellen Entwicklung der Wiener Wirtschaft breiter Raum gegeben.

Die Forschungstätigkeit der Abteilung konzentrierte sich wiederum auf Untersuchungen zum Thema Wirtschaftsförderung. Als wirksame Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft haben sich die Zurverfügungstellung von aufgeschlossenen Grundstücken in verschiedensten Größen zu Preisen, die von der Wirtschaft verkraftet werden können, die Unterstützung durch verlorene Baukostenzuschüsse und eine bestmögliche Information über alle vorhandenen Förderungsmöglichkeiten erwiesen. Die einzelnen Kredit- und Förderungsaktionen



müssen den jeweiligen Erfordernissen der Wiener Wirtschaft immer von neuem angepaßt werden. Um die verschiedenen Förderungsinstrumente optimal gestalten und gezielt einsetzen zu können, werden laufend Forschungsaufträge vergeben. So wurden die Grundstücks- und Aufschließungskosten in der Region Wien einer näheren Betrachtung unterzogen. Dieser Kostenvergleich ist für wirtschaftspolitische Maßnahmen von besonderem Interesse. Da neben der allgemein bekannten Ressourcenknappheit in den Kernstädten, insbesondere an Boden und Arbeitskräften, auch andere Faktoren für das geringere Wirtschaftswachstum — in diesem Fall wieder insbesondere für das Zurückbleiben des sekundären Sektors — verantwortlich zeichnen, wurde ein „Vergleich der Betriebs- und sonstigen Kosten bei Handels-, Produktions- und Engineering-Unternehmen in Wien mit anderen europäischen Städten“ angestellt. Zur Abrundung der bisherigen Untersuchungen über den Wirtschaftsstandort Wien wurde eine „Untersuchung der Lebensqualität Wiens, verglichen mit dem ländlichen Raum einerseits und österreichischen Landeshauptstädten andererseits“ durchgeführt. Ein weiteres Untersuchungspaket waren die „Analyse der Betriebsabwanderungen, Wien 1967–1977“ sowie die „Bedarfsstudie Gewerbehöfe“. Einen Schwerpunkt bildete auch die Nahversorgung in Wien.

Die Studie über „Tendenziell unterversorgte Gebiete“, bei der die Richtwerte für die freie Kaufkraft, Standortqualität usw. im Vergleich zu den bisherigen Untersuchungen auf dem Gebiet der Nahversorgung niedriger angesetzt wurden, bildet die Grundlage für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit von Betrieben im Rahmen der Schwerpunktförderung „Nahversorgung“ der Kleinbetriebezuschußaktion. Mit der Untersuchung „Kaufkraftzu- und -abflüsse Wien Süd“ wurde der Verschiebung der Kaufkraftströme auf Grund der neuen Schwerpunkte des Einzelhandels im Süden Wiens, insbesondere der Shopping City Süd, Rechnung getragen. Mit den periodischen „Wiener Konjunkturberichten“ sowie dem Strukturbericht „Die Wiener Wirtschaft im Jahre 1978“ erfolgten eine laufende Beobachtung der Wiener Wirtschaft sowie ein Vergleich mit der nationalen und global auch mit der internationalen Entwicklung. Wesentlich erscheint es auch, Nachuntersuchungen über bestehende Förderungsaktionen und sonstige Förderungseinrichtungen anzustellen, um Erfahrungswerte für die Zukunft zu erhalten. So wurden die „Auswirkungen der Kleinbetriebezuschußaktion“ auf die Wiener Wirtschaft einer Untersuchung unterzogen sowie eine „Effizienzbeurteilung des Informationszentrums für die Wiener Wirtschaft“ vorgenommen.

Wichtige wirtschaftspolitische Fragen und Maßnahmen der Stadtverwaltung wurden im Wirtschaftsbeirat für Wien, dessen Geschäftsstelle in der Abteilung eingerichtet ist, beraten. Im arbeitsmarktpolitischen Ausschuß wurde empfohlen, das Arbeitskräfteangebot im Zusammenwirken aller damit befaßten Stellen zu verbessern. Das bedingt eine Förderung der Zuwanderung nach Wien, vor allem durch die rasche Schaffung von Wohnmöglichkeiten, die Stabilisierung der Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte in ganz Österreich, das heißt Verlagerung des diesbezüglichen Anteiles von Regionen, in denen die Zahl vermindert werden muß, nach Wien; auf Wien soll ein größerer Anteil an Mitteln aus der Arbeitsmarktförderung entfallen. Im Exekutivauschuß wurde festgestellt, daß eine Schwerpunktänderung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen notwendig sei. Wirksamste Maßnahmen seien die Bereitstellung von Wohnungen für Zuwanderer sowie das Zurverfügungstellen von Grund und Boden. In diesem Zusammenhang wurde die Schaffung eines Betriebsansiedlungsfonds empfohlen, womit die industriepolitisch erfolgreichste Komponente, nämlich das Zurverfügungstellen von Grundstücken zu konkurrenzfähigen Preisen, besser eingesetzt werden könnte.

Der Abteilung werden laufend Gesetzesentwürfe zur Begutachtung zugeleitet, die speziell auf eventuelle finanzielle Auswirkungen geprüft werden. Wichtig war im Jahre 1979 vor allem der Entwurf für ein neues Volkszählungsgesetz, der Bestimmungen über die Zuordnung der zu zählenden Personen bei Vorliegen mehrerer ordentlicher Wohnsitze vorsieht. Für Wien ist es von großer finanzieller Bedeutung, ob eine Person der Wiener Wohnbevölkerung zugeordnet wird oder nicht, da die Volkszahl ein wichtiges Schlüsselement bei der Verteilung der Abgabenerträge darstellt. Die Auswirkung wird dadurch noch verstärkt, daß in mehreren Verteilungsvorgängen der sogenannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel zur Anwendung gelangt, bei dem auf die Volkszahl noch ein Vervielfacher angewendet wird; bei Wien macht er  $2\frac{1}{3}$  aus.

Die Abteilung befaßte sich auf legistischem Gebiet auch mehrfach mit Vorschriften aus dem Bereich des Wiener Landesrechtes. So wurde eine Novelle zum Hundeabgabengesetz ausgearbeitet, LGBl. für Wien Nr. 3/1980, mit der die Höhe dieser Abgabe, die am längsten von allen Abgaben nicht geändert wurde, den jetzigen Geldwertverhältnissen angepaßt wurde. Eine Änderung wurde auch auf dem Gebiet der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren vorgenommen. Bisher war ein kleiner Teil der Tarifposten im Gesetz über die Verwaltungsabgaben enthalten, der weitaus größere Teil jedoch im Verordnungswege geregelt. Da für eine solche Teilung kein Bedürfnis besteht — sie ist nur historisch zu erklären —, wurden mit einer Novelle, LGBl. für Wien Nr. 33/1979, alle Tarifposten aus dem Gesetz entfernt und in die gleichzeitig neu gefaßte Verordnung, LGBl. für Wien Nr. 38/1979, transferiert. Eine Befassung mit dieser Materie war ohnedies notwendig geworden, da die im wesentlichen seit mehr als zehn Jahren unveränderten Abgabebeträge neu festgesetzt werden mußten. Dieser Änderung kommt für die Verwaltung große Bedeutung zu, da diese Rechtsvorschriften von sehr vielen Dienststellen angewendet werden müssen. In Vorbereitung ist weiters eine Novelle zum Anzeigenabgabengesetz, die bewirken wird, daß auch Anzeigen in Druckwerken, die zwar nicht in Wien er-



scheinen, jedoch in Wien zur Verbreitung gelangen, der Abgabepflicht unterliegen. Diese Novellierung soll einerseits Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken und andererseits eine gleichmäßigere Besteuerung herbeiführen. Mit einer Novelle zum Dienstgeberabgabengesetz, LGBl. für Wien Nr. 5/1979, wurde insofern eine Erleichterung geschaffen, als nunmehr eine Steuererklärung nicht mehr vierteljährlich, sondern nur mehr einmal im Jahr abzugeben ist. Um den Kostendeckungsgrad nicht weiter absinken zu lassen, wurden die Müllabfuhrabgabe mit Verordnung des Gemeinderates vom 13. Dezember 1979 und die Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen mit Verordnung des Gemeinderates vom 10. Dezember 1979 neu festgesetzt.

Im Jahre 1979 fand eine Prüfung der Abteilung durch den Rechnungshof statt. Eine Auswirkung dieser Prüfung ist, daß nunmehr auch die Verkehrsbetriebe, die bisher als befreit angesehen wurden, die Gebrauchsabgabe zu entrichten haben. Eine weitere Kritik betraf die sogenannten Armenprozente, eine Abgabe, die bei freiwilligen Feilbietungen von Liegenschaften erhoben wird. In diesem Fall bezweifelte der Rechnungshof, daß die Einhebung auf einer gültigen Rechtsgrundlage erfolge, obwohl der Verfassungsgerichtshof schon im Jahre 1963 ausgesprochen hatte, daß die entsprechenden Rechtsvorschriften noch in Geltung stehen. Durch ein günstiges zeitliches Zusammentreffen hat nun der Verfassungsgerichtshof kurz nach der Prüfung neuerlich zu Recht erkannt, daß die Vorschriften über die Armenprozente noch dem geltenden Rechtsbestand angehören, so daß die Vollziehung, ungeachtet der Auffassung des Rechnungshofes, auf dieser als tauglich erkannten Rechtsgrundlage weiter erfolgen wird.

Bei der Ankündigungs- und bei der Anzeigenabgabe wird die Verrechnung im Jahre 1980 auf EDV umgestellt werden. Zur Vorbereitung war es notwendig, eine Kontenbereinigung durchzuführen.

Im Zuge der Prüfung der bestehenden Konten hinsichtlich deren Aktualität kam es zu etlichen Abmeldungen. Trotz dieses den Abgabenerfolg schmälern den Umständen und trotz personeller Schwierigkeiten konnte durch Neuerfassung von Steuerobjekten, Abschluß von zusätzlichen Markenartikelvereinbarungen sowie Neu festsetzung der Abgabe bei Mieterhöhungen eine beträchtliche Aufkommenssteigerung erzielt werden.

Obwohl bei der Dienstgeberabgabe die Umstellung auf Jahreserklärungen erfolgte, legten auch 1979 weiterhin zahlreiche Abgabepflichtige Wert auf Pauschalierungsvereinbarungen, so daß auch 1979 viele Vereinbarungen zur vereinfachten Abrechnung der Dienstgeberabgabe getroffen wurden.

Die Zahl der Insolvenzen war im Jahre 1979 nur unwesentlich rückläufig, so daß für den Bereich der Lohnsummensteuer und Dienstgeberabgabe wieder über 300 Haftungsbescheide zu erlassen waren. Die Zahl der Übertretungen des Ankündigungsabgabengesetzes, des Anzeigenabgabengesetzes und des Dienstgeberabgabengesetzes, vor allem aber des Gebrauchsabgabengesetzes, war gleichfalls etwas geringer als im Jahre 1978, doch mußten immer noch fast 9.300 Strafanzeigen bearbeitet werden.

Die fortschreitende Erweiterung der Kurzparkzonen in Wien brachte es mit sich, daß die Zahl der Anzeigen wegen Verkürzung der Parkometerabgabe um rund 10 Prozent anstieg. Der administrative Mehraufwand stieg jedoch viel mehr, da sich die Zahl der Rechtsmittel um mehr als ein Drittel erhöhte. Um diesen Mehraufwand ohne Personalvermehrung bewältigen zu können, werden nunmehr Schriftstücke mit weitgehend feststehendem Text mit Hilfe der automatischen Textverarbeitung erstellt.

Im Gesetz über die Abwassergebühren ist vorgesehen, daß die Gebühr für Abwassermengen, die nicht in den öffentlichen Kanal gelangen, herabgesetzt werden kann. Von dieser Möglichkeit haben rund 11.000 Wasserbezieher Gebrauch gemacht.

Im Laufe des Jahres 1979 wurde die Vergnügungssteuer für weitere 76 Kinderreitautomaten im Billigkeitswege auf 100 Schilling je Apparat und Monat ermäßigt. Ferner wurden über 8.300 Einzelveranstaltungen angemeldet. Im Bereich der Getränkesteuer und Vergnügungssteuer mußten fast 4.300 Strafverfahren durchgeführt werden.

Die Tätigkeit der Abteilung war auch darauf ausgerichtet, die im Zeitabstand von jeweils drei Jahren zur Erfassung von Personen und Unternehmen, die bundesgesetzlich geregelten Abgaben unterliegen, stattfindende Personenstands- und Betriebsaufnahme organisatorisch vorzubereiten und zur Durchführung zu bringen. Dazu gehört es auch, für die auf Grund der Personenstandsaufnahme von der Gemeinde anschließend vorzunehmende allgemeine Ausschreibung der Lohnsteuerkarten alle organisatorischen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, um die Ausschreibung von nahezu 1 Million Lohnsteuerkarten in den dezentralisierten Lohnsteuerkartenstellen reibungslos zu gestalten, wie auch die Ausfolgung an alle Arbeitnehmer vorzubereiten. Die vorbereitenden Arbeiten wurden bereits zu Jahresbeginn aufgenommen. Gemeinsam mit der Magistratsdirektion Automatische Datenverarbeitung erfolgte die Ausarbeitung eines Ablaufprogramms darauf zielend, bei der Erfassung anzuwendende Formulare weitestgehend mit der Adreßbezeichnung ADV-mäßig zu beschriften, ausgehend vom Datenbestand bezüglich örtlicher Zuordnung der Liegenschaften. Die Vorteile waren darin zu sehen, daß die Vollständigkeit der Erfassung auf der Basis der Liegenschaft als Erfassungseinheit leichter und mit größter Sicherheit erreicht werden konnte. Außerdem war durch die Einsparung von Arbeitskräften, die für die händische Vorbeschriftung erforderlich gewesen wären, ein Rationalisierungseffekt gegeben. Auf der Grundlage des unter Mitwirkung der Lohnsteuerkartenstellen der Magistratischen Bezirksämter zuerst aktualisierten Datenbestandes über örtliche Zuordnungsbegriffe, die dann durch die Zahl der zuletzt zu den einzelnen Liegenschaf-



ten erfaßten Haushalte erweitert wurden, erfolgte ADV-mäßig zunächst die Erstellung der Verteilerlisten. Diese dienten als Verzeichnis aller Liegenschaften eines Bezirkes sowie auch der Festlegung der Ordnungskriterien, maßgeblich sowohl für die Vorbeschriftung der verschiedenen Formblätter mit der Lagebezeichnung und dem Adresscode als auch für die Reihenfolge innerhalb jeder Gattung. Dadurch wurde erreicht, daß die Aufteilung und die Zuordnung der verschiedenen Formulare, bezogen auf die betreffende Liegenschaft beziehungsweise auf das Wohnhaus als Erfassungseinheit, in den Lohnsteuerkartenstellen rasch und fast automatisch erfolgen konnten. Die Verteilerlisten ergaben auch das Ordnungssystem für die weitere Evidenzhaltung der Erfassungssunterlagen innerhalb jedes Bezirkes. In diesem Umfang ADV-mäßig vorbereitet, erfolgte dann die Zuteilung der Hauslisten, weiters der Anmeldeblätter für die Hundeabgabe und der Anmeldeblätter für Kinder, die nach dem 1. September 1971 geboren wurden. Die beiden letztgenannten Vordrucke bezogen sich auf die gemeinsam mit der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1979 vorzunehmenden besonderen Erhebungen des Magistrates. Die Erhebung der Kinder erfolgte als Maßnahme der Magistratsabteilung 56 — Städtische Schulverwaltung — für Zwecke der Schulpflichtmatrix und Schulraumplanung, die Erfassung der Hundehaltungen als Maßnahme der Abteilung zur Vollziehung des Gesetzes über die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Wien. Um die Zuordnung der je Erfassungseinheit benötigten Haushaltslistenformulare zu erleichtern, wurde auf den Hauslisten zugleich mit der ADV-mäßigen Vorbeschriftung eine Kennzahl eingesetzt, die die Stückzahl der beizulegenden Formblätter ausdrückt. Vorbereitet wurde auch ein Mitteilungsblatt zu den Erfassungsformularen mit ausführlicher Erläuterung der Vorgangsweise bei der Verteilung und Rückbringung in die Lohnsteuerkartenstelle. Eine Neuerung, die große Breitenwirkung erreichte, war bei der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1979 die Bereitstellung von eigens für eine verschlossene Übergabe der Haushaltslisten vorbereiteten Umschlägen. Ausschlaggebend dafür war ein schon anlässlich der vorhergegangenen Personenstandsaufnahme insbesondere den Haushaltslistenformularen geltendes deutliches Interesse der Bevölkerung bezüglich Geheimhaltung der daraus bei der Weitergabe ersichtlichen Personendaten und Familienverhältnisse. Die Stadtverwaltung hat daher von sich aus über 900.000 solcher Umschläge bereitgestellt, die zusammen mit den Haushaltslisten ausgegeben wurden.

Dadurch sollte allen Personen, die Haushaltslisten auszufüllen und abzugeben haben, gleichermaßen und allgemein ermöglicht werden, diese zum Schutz daraus ersichtlicher Personendaten und Familienverhältnisse dem Liegenschaftseigentümer beziehungsweise dessen Stellvertreter in dem dafür vorgesehenen Umschlag verschlossen abzugeben. Für allgemeinere Angaben, die im weiteren Erfassungsvorgang noch benötigt werden, genügt es, den Vordruck auf dem Umschlag auszufüllen. Dadurch sind diese dem Liegenschaftseigentümer ohne Einsicht in sensiblere Personendaten zugänglich. Diese Serviceleistung der Stadtverwaltung wurde allgemein sehr positiv aufgenommen; von den insgesamt bei den Lohnsteuerkartenstellen eingelangten Haushaltslisten war etwa die Hälfte in verschlossenem Umschlag. Es zeichnet sich ab, daß die Bereitstellung solcher Umschläge von der Bundesverwaltung aufgenommen und künftig zur ständigen Einrichtung bei Personenstands- und Betriebsaufnahmen werden wird.

## Rechnungsamt

Im **Abgabenrechnungs- und Kassendienst** ergab sich im Jahre 1979 eine Änderung in der Verrechnung der Dienstgeberabgabe. Während im Dienstgeberabgabengesetz 1970 eine vierteljährliche Abrechnung vorgesehen war, wurde diese Art der Erklärung mit einer Novelle vom 27. November 1978, LGBl. für Wien Nr. 5/1979, dahin gehend abgeändert, daß nunmehr für alle Abgabepflichtigen analog der Lohnsummensteuer eine Jahreserklärung vorgesehen wurde. Da praktisch alle Lohnsummensteuerpflichtigen auch zur Entrichtung der Dienstgeberabgabe verpflichtet sind, wurde eine gemeinsame Erinnerung zur Bezahlung der beiden Abgaben auf einem einzigen Formular eingeführt, wodurch sich eine Ersparnis an Portokosten ergab. So werden auch die Zahlscheine zur Entrichtung der beiden Abgaben nunmehr gemeinsam ausgesendet. Durch die Einführung einer Erinnerungsliste für beide Abgaben wurde eine gezielte Revision bei säumigen Abgabepflichtigen ermöglicht. Während bisher hinsichtlich der Grundsteuermeßdaten mit Ausnahme des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens bereits ein Datenverbund mit dem Bundesrechenzentrum vorhanden war, wodurch eine automatische Verarbeitung möglich war, konnten nunmehr auch die Daten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in den Datenverbund integriert werden. Durch die Umstellung der Haushaltsverrechnung auf elektronische Datenverarbeitung waren in der Stadthauptkasse die Vorarbeiten für die automatische Rechnungsanweisung sowie für die Auszahlung erforderlich. Von dieser Neuordnung der Haushaltsverrechnung war auch die Abgabenhauptverrechnung betroffen, da in dieser Dienststelle ein Subsystem für die haushaltsmäßige Verrechnung der Landes- und Gemeindeabgaben installiert wurde. In dieses Subsystem wird auch die Personenkontoführung für die in der Abgabenhauptverrechnung bearbeiteten Abgaben schrittweise einbezogen. Mit den in den Stadtkassen zur Abgabenverrechnung vorhandenen Terminals konnten auch die Ergebnisermittlung und die Auswertung der Nationalratswahl 1979 mit dem entsprechenden Personal der Stadtkassen durchgeführt werden.



Für den **Buchhaltungsdienst** war im Jahre 1979 das vordringlichste Problem die Umstellung der Haushaltsverrechnung auf elektronische Datenverarbeitung. Das neuinstallierte elektronische System für die Haushaltsverrechnung besteht aus zehn Subsystemen in verschiedenen Buchhaltungsabteilungen mit Anschluß von Terminals für die restlichen Buchhaltungsabteilungen und einer Verbindung mit dem Rechenzentrum der Stadt Wien. Nachdem bereits im September 1978 das erste Subsystem Philips P 440 installiert und zur Vornahme verschiedener Tests benützt wurde, erfolgte im Laufe der Monate Juni bis August 1979 die Lieferung der restlichen neun Subsysteme. Sofort nach Installierung dieser Systeme wurde der Testbetrieb aufgenommen, um alle technischen und organisatorischen Schwierigkeiten so weit zu beseitigen, daß der Einsatz dieses EDV-Systems wie geplant am 1. Jänner 1980 erfolgen kann. Organisatorisch war seitens der Leitung des Buchhaltungsdienstes insoweit vorgesorgt worden, als bereits in den Monaten April und Mai 1979 eine intensive Schulung des Personals eingesetzt hatte. Da mit Anlaufen des neuen EDV-Systems auch die neue Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) des Finanzministeriums in Kraft trat, mußten rund 180 Bedienstete mit dem Kontenrahmen der VRV und der vorgesehenen Buchungssystematik des neuen EDV-Systems vertraut gemacht werden. In weiterer Folge wurde das in der Theorie erarbeitete Wissen in die Praxis umgesetzt und das Anfertigen der Eingabebelege an Hand praktischer Beispiele geübt. In Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) wurden parallel dazu die wichtigsten EDV-Programme so weit erarbeitet, daß sie mit der Auslieferung der Systeme zur Verfügung standen. Durch die Koordinierung dieser Maßnahmen war es möglich, sofort nach Installierung der Subsysteme mit der Kontenanlage zu beginnen. Schrittweise wurden dann die restlichen, bereits mit Beginn des Jahres 1980 benötigten Programme fertiggestellt. Im November 1979 waren die Programme funktionsbereit und wurden in verschiedenen Vorführungen Vertretern der beteiligten Dienststellen und des Kontrollamtes gezeigt. Fußend auf den im Zuge von Organisation und Programmierung gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen sowie in Fortführung der im Frühjahr erfolgten Schulung des Personals wurde von der Leitung des Buchhaltungsdienstes eine „Vorläufige interne Dienstvorschrift für den Buchhaltungsdienst über die systemgerechte Verarbeitung der Geschäftsfälle nach der VRV“ erarbeitet. Diese Vorschrift wurde in monatlichen Berichtigungsblättern stets auf dem letzten Stand der EDV-Entwicklung gehalten. Dank des guten Zusammenwirkens aller dieser aufgezählten Maßnahmen konnte der Umstellungstermin 1. Jänner 1980 eingehalten werden.

Auf Veranlassung der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurde nach eingehenden Beratungen und Verhandlungen entschieden, daß im Zuge der Einführung der VRV die Buchhaltungsabteilung für Gesundheitswesen Teilaufgaben der Anstaltsbuchhaltungen, und zwar die Kreditevidenzführung und die Rechnungsanweisung, ab 1. Jänner 1980 zu übernehmen hat. Um die Übernahme dieses zusätzlichen Aufgabengebietes technisch zu ermöglichen, war es notwendig, das in dieser Buchhaltungsabteilung installierte System P 440 auf ein System 455 aufzustocken. In der Praxis bedeutete das den Einsatz von sechs statt von drei Plattenstationen, eine entsprechende Speichererweiterung und den Anschluß von zusätzlichen Bildschirmterminals.

Im Zusammenhang mit der Einführung der VRV und der EDV-Verrechnung erwies es sich als zweckmäßig, die in den Buchhaltungsabteilungen für Gebäudeerhaltung und Heizwerkstätte sowie für Liegenschaftswesen und Amtshäuser verrechneten Gebahrungen auf diverse andere Buchhaltungsabteilungen aufzuteilen. Die genannten Buchhaltungsabteilungen wurden daher mit 1. Juni 1979 aufgelöst.

Im Laufe des Jahres 1979 wurde die Prüfung der Umsatzsteuergebarung der Stadt Wien durch das Finanzamt für Körperschaften fortgesetzt. Geprüft wurden die Aufzeichnungen verschiedener Dienststellen und der zuständigen Buchhaltungsabteilungen. Zur Erörterung der vom Betriebsprüfer geäußerten Beanstandungen waren zahlreiche Besprechungen in der Magistratsabteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen unter Mitwirkung der Leitung des Buchhaltungsdienstes und der betroffenen Buchhaltungsabteilungen notwendig. Durch die Neuorganisation der Verrechnung in der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien wurden die bisher verwendeten Drucksorten, nämlich die Krankenscheine, Zahnbehandlungsscheine usw., entbehrlich. Dadurch war auch die Führung von Verlägen für KFA-Drucksorten nicht mehr erforderlich; über Anregung des Buchhaltungsdienstes wurden die bestehenden KFA-Drucksortenverläge durch einen Erlaß der Magistratsdirektion aufgelöst. Die in den betroffenen Dienststellen vorhandenen Drucksorten und Bargeldbeträge mußten an die Stadthauptkasse abgeführt werden.

Im Aufgabenbereich der Buchhaltungsabteilung für Personalbezüge erfolgte eine Neuregelung der Anweisung und Auszahlung der Kommissionsgebühren für die Bezirksräte. Während bisher die Auszahlung über die Barverläge der Magistratischen Bezirksämter durchgeführt wurde, werden nunmehr mit Listenabrechnungen zentrale Anweisungen für die Buchhaltungsabteilung erstellt und die Kommissionsgebühren zentral an die Bezirksräte in den einzelnen Magistratischen Bezirksämtern angewiesen. Durch diese Neuregelung sowie durch die Erhöhung der Anzahl der Bezirksräte und die zweimalige Änderung der Gebührensätze im Laufe des Jahres 1979 ergab sich ein erhöhter Arbeitsaufwand in dieser Buchhaltungsabteilung.

Der Umfang der Verrechnungstätigkeit in der Buchhaltungsabteilung für Finanzwesen und Wohnbauförderung erfuhr durch eine Reihe von Kredit- und Förderungsaktionen eine Ausweitung. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Wien werden diese Kreditaktionen durch Leistungen von Zuschüssen beziehungs-



weise durch die Übernahme von Bürgschaften gefördert. Durch das neue Habenzinsabkommen seit 1. März 1979 ergab sich in dieser Buchhaltungsabteilung bei der Verrechnung der Zinsen ebenfalls eine wesentliche Mehrarbeit. Die Anzahl der Wohnungsverbesserungsdarlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 nahm 1979 um 25,9 Prozent zu. Die Wohnbauförderungsdarlehen haben ebenfalls einen wesentlich größeren Umfang angenommen. Durch die bereits erwähnte Auflösung von zwei Buchhaltungsabteilungen hat besonders der Verrechnungsbereich der Buchhaltungsabteilung für Planung, Wohnhaus-, Verkehrs- und Wasserbau, baubehördliche Angelegenheiten und Heizwerkstätte sehr wesentlich zugenommen. Um einen reibungslosen Übergang der Verrechnungsbereiche der aufgelösten Buchhaltungsabteilungen zu gewährleisten, war über den unmittelbaren Bereich dieser Buchhaltungsabteilung hinaus noch eine Reihe von zusätzlichen Organisationsmaßnahmen erforderlich. Ein Teil der Verrechnungsbereiche der aufgelösten Buchhaltungsabteilungen, nämlich die Amtshäusergebarung, wurde von der Buchhaltungsabteilung für Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung übernommen. In dieser Buchhaltungsabteilung wurden nunmehr auch die Mietzinsvorschriften für die Mieter von Geschäftsräumen in den Ringpassagen in die EDV-Verrechnung übergeleitet. Diese Umstellung war mit größeren Schwierigkeiten verbunden, da es sich um atypische Einzelmietverträge handelt. In Zusammenarbeit mit der Wohnhäuserverwaltung und der MD-ADV konnte jedoch dieses Problem gelöst werden. Größere Schwierigkeiten waren auch mit den Zinserhöhungen für 31 große Wohnhausanlagen auf Grund des § 2 Zinsstoppgesetz verbunden. Zu diesem Zweck müssen die Originalrechnungen der letzten sieben Jahre bereitgestellt und Tilgungspläne erstellt werden. Da der Umfang der Unterlagen für Wohnhausanlagen weit größer als bei Einzelhäusern ist, erforderte dieses Problem einen erheblichen Arbeitsaufwand.

Die Buchhaltungsabteilung für Zentralen Einkauf, Markt- und Veterinärwesen, Schlachthöfe wurde von der Finanzverwaltung beauftragt, für die Städtische Bäckerei probeweise eine Kostenbeitragsrechnung (Gliederung in fixe und veränderliche Kosten) einzuführen. Durch Zurechnung der jeweiligen Kostenelemente auf die einzelnen Backwaren wurde der Kostenanteil pro Sorte für veränderliche Kosten und fixe Kosten ermittelt. Es sollte festgestellt werden, ob bei den einzelnen Erzeugnissen zumindest die veränderlichen Kosten im Erlös ihre Deckung finden, was bei allen von der Städtischen Bäckerei hergestellten Backwaren auch der Fall war.

Ab Mitte 1979 erfolgten die Verrechnung und die Anweisung von Eingangsrechnungen für die Erhaltung und Neuherstellungen von Schulen in der Buchhaltungsabteilung für die Schulverwaltung. Dadurch stieg sowohl die Anzahl der Eingangsrechnungen als auch die Anzahl der maschinellen Buchungsposten gegenüber 1979 auf mehr als das Doppelte. Wie bereits erwähnt, übernahm die Buchhaltungsabteilung für Gesundheitswesen die Kreditüberwachung von den Anstaltsbuchhaltungen des Anstaltenamtes. Darüber hinaus muß nunmehr in dieser Buchhaltungsabteilung die Gesamtverrechnung der Voranschlagsposten für Gebäudeerhaltung und Neubau für den gesamten Bereich des Jugendamtes, des Gesundheitsamtes und des Anstaltenamtes sowie die Interimsgebarung der Kliniken durchgeführt werden. Dies bedeutet die zusätzliche Verarbeitung und Buchung von ungefähr 180.000 Belegen jährlich. Diverse Kontaktgespräche mit einzelnen Gruppen des Anstaltenamtes sowie den Gruppendirektionen zur Ausarbeitung von Dienstweisungen und Erlässen waren hiezu erforderlich. Infolge der Auflösung der bisher zuständigen Buchhaltungsabteilung wurde die Verrechnung des städtischen Liegenschaftswesens von der Buchhaltungsabteilung für Garten- und Forstwesen, Landwirtschaftsbetrieb, Liegenschaftsverwaltung und Umweltschutz übernommen.

Die Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit des Buchhaltungsdienstes und insbesondere der Kollaudierungsabteilung findet auch 1979 einen entsprechenden Ausdruck in der Verminderung der in den Eingangsrechnungen geforderten Beträge. Es wurden an Abstrichen im Jahre 1979 insgesamt 289,250.000 Schilling vorgenommen.

In der **Abgabenhauptverrechnung** wurden für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen rund 1,8 Millionen Eintrittskarten amtlich gekennzeichnet, die von rund 1.700 Veranstaltern vorgelegt wurden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der einzelnen Dienstgruppen des Rechnungsamtes im Jahre 1979.

#### Buchhaltungsdienst

	Stück
Eingangsrechnungen .....	377.300
Ausgangsrechnungen .....	139.200
Posten aus Kontoauszügen der Verrechnungskonten	
Einnahmen .....	351.100
Ausgaben .....	218.600
Buchungsposten	
maschinell .....	2,568.000
händisch .....	245.300



	Stück
Prüfung von Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsgenußberechnungen; Prüfung der Vergebühung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons und dergleichen .....	6,418.600
Bearbeitete Dienststücke .....	315.800

#### Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

	Stück
Kontenanzahl .....	556.299
Klarschriftdruckereingaben .....	587.567
Lochvorlagen .....	256.716
Ausgefertigte Lochkarten .....	564.639
Codierte Erklärungen .....	113.145
Stammdatenänderungen über Bildschirm .....	25.613
Kontoanfragen über Bildschirm .....	1,028.823
Mahnungen .....	12.911
Zugestellte Erlagscheine und Zahlscheine wegen verspäteter Zahlung .....	5.490
Vollstreckungsanträge .....	58.744
Aktenstücke .....	1,385.320
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen für die Dienstgeberabgabe und für die Gefrorenes- und Getränkesteuer und wegen Nichtzahlung der Lohnsummensteuer .....	41.387
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen .....	5.937
Strafanträge wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen .....	1.350

#### Stadthauptkasse

	Stück
Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen .....	358.382
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen .....	10.612
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen) .....	133.391
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben) .....	466.636
Bearbeitete Verbote .....	114.241

	Schilling
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Einnahmen .....	233,585.006
Ausgaben .....	237,048.883
Wertmarkenverkauf .....	31,935.300
Drucksortenverkauf an Parteien .....	1,750.836
Gebahrungen in der Drucksortenstelle:	
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von .....	13,979.635
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Werte von .....	5,763.535

	Stück
Ausgegebene allgemeine Drucksorten .....	10,919.123

Vom Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden im Jahre 1979 insgesamt 150.347 Aufträge erledigt und ein Betrag von rund 77 Millionen Schilling an eigenen und fremden Geldern eingehoben.

## Zentraler Einkauf

Die Magistratsabteilung 54 besorgt gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen Sport- und Turngeräte, Kraftfahrzeuge und Anhänger sowie die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzten Spezialerfordernisse. Außerdem obliegen ihr der Ankauf und die Einlagerung von Bau- und Werkstoffen und deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen. Ferner stehen ihr noch die Verbrauchsüberwachung und die Bedarfsprüfung hinsichtlich der angeführten Sacherfordernisse zu.



Für die Warenlagerung standen das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, das Brennstoffhauptlager in 2, Nordbahnhof, 4, Kohlenhof, und der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, zur Verfügung. Darüber hinaus werden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufsichtigt. Weiters obliegt der Abteilung die Führung des Druckereibetriebes (Druckerei, Buchbinderei und Adressographanlage) und des Werkstättenbetriebes im Zentrallager (Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserei). In der Abteilung sind 200 Bedienstete beschäftigt. Rund 7.200 Verbrauchsstellen wurden beliefert.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG 1972, BGBl. Nr. 223/1972, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahmen und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) sowie der allgemeine Sachaufwand für die Hoheitsverwaltung werden getrennt auf besonderen Rubriken veranschlagt. Allgemein anordnungsberechtigt ist die Abteilung, spezielle Anordnungsberechtigungen bestehen nur für Gas- und Strombezug, Telefon- und die Postgebühren. Außerdem ist die Abteilung gemäß der Geschäftseinteilung mit der Führung der Städtischen Bäckerei beauftragt, die als Betrieb gewerblicher Art gilt.

Seit der Umorganisation im Bereich des Magistrates und der Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben versteht die Abteilung gemeinsam mit den Magistratsabteilungen 4, 5 und 6 einer Gruppenleitung für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten. Durch die mit Wirksamkeit vom 25. Jänner 1979 erfolgte Senkung des Zinssatzes für die Bankrate von 4,5 auf 3,75 Prozent durch die Oesterreichische Nationalbank konnte bei der Verzinsung der Anlagewerte eine Senkung der Ausgaben erzielt werden. Dies wirkte sich auf die Bilanzen der Abteilung positiv aus.

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß mit 1. Jänner 1979 § 29 Absatz 1 Umsatzsteuergesetz 1972 dahin gehend geändert wurde, daß die sogenannte „Investitionssteuer“ wegfiel. Soferne Wirtschaftsgüter ab 1. Jänner 1979 der Verwendung oder Nutzung als Anlagevermögen zugeführt wurden, mußte keine Steuer auf den Selbstverbrauch bezahlt werden, so daß sich dadurch die Kreditmittel auf den Posten 51 und 54 änderten.

Die Städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime konnten mit lagerfähigen Lebensmitteln beliefert werden, die Städtische Bäckerei wurde zur Herstellung von Brot und Gebäck mit benötigten Rohmaterialien versorgt. Im Jahre 1979 wurden 6.135 Bestellscheine für Lebensmittel ausgefertigt und mit einem Aufwand von 54.479.000 S rund 3.300.928 kg Lebensmittel gekauft.

Sämtliche Dienststellen des Magistrates wurden im Rahmen der „Ersten Hilfe“ mit Verbandstoffen, Verbandspflastern und Medikamenten versorgt, wofür ein Betrag von insgesamt 365.008 S ausgegeben wurde.

Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten bei Faschings- und Muttertagsfeiern unter anderem Geschenke wie Faschingskrapfen und Muttertagsherzen im Wert von 159.814 S. Anläßlich des Weihnachtsfestes wurden die Dauerbefürsorgten Wiens mit 10.200 Lebensmittelpaketen im Wert von insgesamt 1.220.860 S beschenkt. Diese Pakete enthielten 1 Paket Frühlingssuppe, 1 Dose Wiener Rostbraten zu 350 g, 2 Beutel Reis-Fit und 1 Paket Bohnenkaffee zu 1/8 kg, 1 Tafel Vollmilchschokolade zu 100 g, 1 Paket Schoko-Creme-Keks zu 160 g, 1 Dose Leberbrottaufstrich zu 45 g, 1 Dose Fünffruchtcocktail zu 454 g, 1 Paket Schärddinger Gourmont Käse zu 100 g und 1 Flasche Rotwein zu 0,2 l. Bei der Zusammenstellung dieser Geschenke wurde auf Kinder und Diabetiker besonders Rücksicht genommen. Für die Weihnachtsfeiern in den diversen Pensionistenklubs wurden 14.981 Bröckchen um den Betrag von 231.367 S gekauft.

Preiserhöhungen gab es zum Beispiel bei Mahlprodukten, Zucker, Salz, Essig um 4 bis 6 Prozent, bei Marmeladen, Margarine, Schmalz, Teigwaren, Trockenmilch, Kindernährmitteln, Backpulver und Suppen um 2 bis 5 Prozent. Billiger wurde Kaffee um 5,9 Prozent, Kakao um 22,5 Prozent, Trockengemüse um 4,3 bis 5,3 Prozent. Bei Preiselbeerkompott konnte nicht nur eine bessere Qualität gekauft, sondern auch eine Preisermäßigung von 10,5 Prozent erzielt werden. Stabile Preise konnten bei Tee, Schokolade, Diabetiker-Marmelade in Portionen, Kartoffelprodukten, Fritterfett, Marmelade in Portionen und bei einzelnen Gewürzen wie Paprika, Zimt, Majoran beobachtet werden.

Textilien und Leder wurden für städtische Ämter, Anstalten und Betriebe im Werte von 96.363.185 S bestellt, und zwar:

	Schilling
11.030 m Woll- und Mischgewebestoffe .....	1.499.640
3.580 Stück Anstalts- und Kinderdecken .....	748.160
8.000 Stück Säuglingsdecken .....	281.310
125.150 m Leinenstoffe .....	7.123.670
916.230 m Baumwollstoffe .....	27.509.490
62.040 Stück Frottierwaren .....	1.014.130
281.050 Stück Windeln .....	2.923.090
10.700 m Futter- und Einlagestoffe .....	267.370
10.790 kg Garne, Spagete und Seile .....	1.501.860
727.620 m Litzen, Bänder, Gurte und Schnüre .....	393.620



	Schilling
Zwirne, Schlingwolle und Nähseide .....	1,025.980
Nadelwaren und Knöpfe .....	682.464
126.451 Stück Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche) .....	4,930.026
25.488 Stück Socken, Strümpfe, Strumpfhosen und Handschuhe, Miederwaren, Hosenträger ...	673.732
115.689 Stück fertige Berufsbekleidung und Wäschestücke .....	20,978.028
53.214 Stück fertige Oberbekleidung .....	8,604.573
Verschiedene Textilien .....	1,225.145
540 kg Matratzenfüllmittel .....	58.580
4.810 Stück Federn, Kunstfaserpolster und Steppdecken .....	1,077.066
20.520 Stück Säcke .....	56.522
Vorhangstoffe .....	5,433.859
Möbelstoffe .....	2,056.798
Teppiche und Bodenbeläge .....	341.042
15.094 Paar Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe .....	4,095.222
Leder- und Plastikwaren .....	1,444.113
674 Stück Regenmäntel und Regenschutzbekleidung .....	417.695

Weiters gelangten Lohnarbeiten in der Höhe von 11,643.592 S zur Vergabe, und zwar:

15.889 Stück Oberbekleidung .....	3,391.411
58.214 Stück Wäsche und Berufsbekleidung .....	1,885.169
2.954 Stück Dienstkappen .....	336.867
1.360 Stück Fahnen .....	279.517
52.700 m Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten .....	362.650
Tapezierarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen), Verdunklungen .....	4,199.393
Reparaturen von Uniformen .....	452.281
Reinigung von Vorhängen, Teppichen und Uniformen .....	546.354
Reparaturen von Schuhen und Stiefeln und dazugehöriges Leder .....	189.950

Die Erhöhung des Umsatzes ist im Vergleich zu 1978 hauptsächlich auf die Erweiterung des Anstaltenhauptlagers der Magistratsabteilung 17 zurückzuführen, wobei besonders die Bestellungen auf dem Sektor der fertigen Berufsbekleidung zum Tragen gekommen sind. Der Umfang der Bestellungen hat zum Beispiel bei Woll- und Mischgewebestoffen, Windeln, Futterstoffen, Bändern, Gurten und Schnüren, Vorhangstoffen, Möbelstoffen, Schuhen und Oberbekleidung zugenommen. Bei den anderen Waren sind Stück- und Umsatzrückgänge festzustellen, was auf den periodischen Einkauf mancher Waren wie zum Beispiel auf größere Bestellung alle zwei Jahre zurückzuführen ist.

Der Preis der Baumwollwaren ist zwischen 5 und 10 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu ist der Durchschnittspreis der Rohbaumwolle für Standardqualitäten von rund 78,35 Cent je Pfund im Jahre 1979 auf rund 81,95 Cent im Dezember 1979 gestiegen. Die Preistendenz für Baumwolle ist weiter steigend, da die Ernten der Saison 1978/79 geringer ausgefallen sind. Ende 1979 ist bereits eine Notierung von 84,80 Cent je Pfund erreicht worden. Sämtliche Rohstoffe, deren Kalkulation in Verbindung mit der Erhöhung der Preise für Rohölderivate steht, sind teurer geworden. Es sind dies im besonderen Chemiefaserstoffe (Polyester, Polyamid, Polyvinylchlorid, Polyacrylnitril), Polyurethan, Kunstharz und andere Ausrüstungsschemikalien, PAE-Folien usw. Durch die Verteuerung der Chemiefaserstoffe ist eine gesteigerte Nachfrage nach Naturfaserstoffen festzustellen. Außer bei der Baumwolle ist es auch bei Leinenstoffen zu einer Preissteigerung zwischen 2 und 10 Prozent gekommen. Die Situation bei Leinen wird überdies durch einen schlechten Ernteerfolg verschärft, wobei es bei Garnen inländischer Provenienz bereits im August 1979 zu Verknappungen und damit zu Verzögerungen bei der Lieferung gekommen ist. Da für bereits getätigte Kaufabschlüsse die Preise vom Produzenten gehalten wurden, wird sich die Preisentwicklung der Rohstoffe von 1979 erst ungefähr Anfang 1980 voll auswirken. Entsprechend der allgemeinen Preiserhöhung für Rohhäute ist auch der Lederpreis bis zu 10 Prozent gestiegen. Zu gleichen Preisen konnten Woll- und Mischgewebestoffe, Garne, Spagete und Seile, Futter- und Einlagestoffe, Nadelwaren, Matratzenfüllmittel, Säcke, Regenschutzbekleidung eingekauft, bei der Reinigung von Vorhängen, Teppichen und Uniformen die Preise vorläufig noch gehalten werden. Bis auf einige Ausnahmen (zum Beispiel flammhemmende Stoffe) konnten ebenfalls die Preise für Vorhangstoffe (Stores und Dekor) gehalten werden, was vor allem auf einen gezielten Einkauf zurückzuführen ist. Bei im Vergleich zu Menge und Umsatz des Jahres 1978 scheinbar geringeren Preisen ist zu beachten, daß die Artikelgruppen nicht immer in der gleichen Zusammensetzung eingekauft werden.

Im Zusammenwirken mit der Magistratsabteilung 17 konnte eine Typisierung der gebräuchlichsten Beklei-



dungen aus Mischgewebestoffen erreicht werden. Im Zuge dieser Typisierung wurden die Leistungsbeschreibungen und Ausschreibungsbedingungen erweitert und entsprechend dem derzeitigen Entwicklungsstand modernisiert.

In Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen werden hinsichtlich höherer Festigkeit Vorschläge zur Verbesserung der Stoffe für die Feuerwehr und die Rettung untersucht. Für die Einkleidung der Patienten des Psychiatrischen Krankenhauses wurden verschiedene Artikel wie Jeans, Parker-Jacken usw. eingekauft und erprobt. Um die Sicherheit der Bediensteten der Magistratsabteilung 48 bei Arbeiten im Straßenverkehr zu gewährleisten, hat man 1979 begonnen, das Straßenpflegepersonal mit Bekleidung in der Schockfarbe Orange auszustatten. Im Jahre 1979 wurden 8.240 Säuglingswäschepakete und 4.910 Kleinkinderwäscheausstattungen, zusammen 13.150 Pakete, ausgegeben.

Für Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen wurde ein Betrag von 122,156.547 S ausgegeben. Dies entspricht gegenüber 1978 einer Ausgabesteigerung von 24,011.798 S. Die erforderlichen Bestellungen wurden mittels 7.320 Bestellscheinen getätigt. Im einzelnen handelte es sich hierbei um:

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel .....	6,021.434
Streusalz .....	13,801.613
Chemikalien und chemisch-technische Produkte .....	5,068.740
Eisen- und Haushaltsartikel .....	6,951.411
Geschirr aller Art, Küchengeräte .....	3,498.133
Glüh- und Leuchtstofflampen .....	7,149.347
Elektrowaren .....	1,950.858
Bereifung, Gummiwaren und Schaumstoffe .....	4,636.175
Holzwaren .....	1,113.787
Bürsten, Besenwaren und Pinsel, Reinigungstücher und -materialien .....	5,922.015
Maschinen und Werkzeuge .....	9,253.620
Waagen .....	558.108
Spielwaren und Beschäftigungsmaterial .....	3,602.719
Feuerlöscher .....	2,251.671
Reinigungsarbeiten und Schädlingsbekämpfung .....	39,769.936
Transporte .....	5,548.517
Kunststoffartikel .....	2,743.985
Diverse Waren .....	2,314.478

Die Preisentwicklung bewegte sich in den dem Index entsprechenden Grenzen. In diesem Rahmen ergaben sich Preiserhöhungen für Reinigungsarbeiten, Speditionen, Lastfuhrwerke, Spielwaren, Haushalts-Elektrogeräte, Stahlwaren, Werkzeug, Reinigungsgeräte und Reinigungsmittel, Geschirr aller Art, Gummiwaren, Glaswaren, optische Geräte sowie technische Öle, Fette und Gase. Über diesen Prozentsatz hinaus stiegen die Preise für Möbel- und Baubeschläge um 10 Prozent sowie für die Beistellung von Autobussen um 8 bis 10 Prozent. Die Österreichischen Salinen erhöhten die Preise für Gewerbesalz um 8,3, für Streusalz um 11,2 Prozent. Besonders gestiegen sind auch die Preise für jene Produkte, deren Erzeugung Rohstoffe auf Erdölbasis erfordern wie zum Beispiel für Artikel aus Kunststoff um 10 bis 20 Prozent, für Bodenwachs um 18 Prozent. Bei bestimmten Beschlägen, Werkzeugen, Feilen, Elektrowerkzeugen, Drahtstiften und Eisendrahten konnten Rabatterhöhungen von 1 bis 3 Prozent erzielt und dadurch die Verteuerungen etwas gemildert werden.

Auf Grund einer Empfehlung des Kontrollamtes wurde im Wege einer Ausschreibung und in weiterer Folge in Zusammenarbeit mit der sich anbietenden Erzeugerfirma wie auch mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe eine Glühlampentype entwickelt, die trotz der hohen spezifischen Belastungen bei der Verwendung als Straßenbahnverkehrssignallampe eine besonders lange Lebensdauer hat. Der Einsatz der neu entwickelten Lampe im zweiten Halbjahr 1979 brachte auf Grund der etwa um 80 Prozent reduzierten Ausfallsquote eine Kostenersparnis von fast 500.000 S. Darüber hinaus wurde die neue Glühlampe auch im Sinne der Energieeinsparung angefertigt. Sie verbraucht um 10 Prozent weniger Strom, woraus sich eine weitere Einsparung von rund 80.000 S per Jahr errechnet. Von der Anschaffung neuer Signalgehäuse, die etwa 3,5 Millionen Schilling erfordert hätten, kann daher Abstand genommen werden.

Für die neue Kläranlage der Magistratsabteilung 30 in Simmering wurden Werkzeuge, Werkbänke und Maschinen im Werte von 500.000 S angeschafft. Im Bereich der Magistratsabteilung 56 mußten in den öffentlichen Schulen die Sanitäräume und Lehrzimmer mit 2.000 Seifenspendern ausgerüstet und die hiezu erforderlichen Reserveflaschen mit einem Kostenaufwand von 850.000 S angeschafft werden.

Von den im Jahre 1979 gekauften 1,046.200 kg Papier im Werte von 14,984.800 S, einschließlich Mehrwert-



steuer, entfielen auf Schreib- und Druckpapier 740.000 kg, auf Verpackungspapier 23.900 kg, auf Karton 52.700 kg und auf Toilettepapier 229.600 kg. Auf Grund einer Genehmigung durch die Paritätische Kommission wurden die Papier- und Kartonpreise um 5 Prozent erhöht. Die Herstellungskosten für Schulhefte, Zeichenblätter sind nur unwesentlich gestiegen. Für den Ankauf diverser *Kanzleimaterialien*, wie Kohlepapier, Farbbänder, Stempelkissen, Graphit- und Kopierstifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner und -hüllen, Heft- und Lochmaschinen, Kuverte, Papiersäcke, Unterschriftsmappen, Aktenumschläge und -ablagen, Aktentaschen, Lineale, Papierschere, Schreibunterlagen, Selbstklebebänder, Abfallsäcke und Becher aus Kunststoff, Windeln, Vorlagen, wurden 16.966.500 S aufgewendet. Für diese Artikel ergaben sich gleichfalls nur geringfügige Preiserhöhungen gegenüber 1978.

13.204 Bücher und Broschüren, 1.053 Pläne, 1.750 Önormen, 2.045 Bundesgesetzblätter und ÖVE-Vorschriften wurden mit einem Betrag von 3.372.125 S angeschafft. Für 12.621 Abonnements von *Zeitschriften* und 13.930 Abonnements von Tageszeitungen sind 2.883.582 S ausgegeben worden. Der Aufwand für die Herstellung von 5.757 Stampiglien und Numeratoren betrug 510.032 S.

Für Büroarbeiten bei den diversen Dienststellen sowie für Druckereiarbeiten im Bereich des Magistrates wurden 129 mechanische und 208 elektrische Schreibmaschinen, 223 Tischrechner, 130 Taschenrechner, 173 Diktiergeräte, 15 Vervielfältigungsgeräte, 30 Papierschneidegeräte, 5 Textautomaten, 2 Phonotypieanlagen, 3 elektrische Paginierer, 2 Aktenvernichter, 1 Perforiermaschine, 1 Offsetumdruckmaschine, 1 Adressiermaschine und 3 Zeitmeßgeräte beschafft. Der Aufwand für den Ankauf dieser Geräte betrug 5.236.476 S. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen beliefen sich auf 2.689.394 S.

Von den beim Magistrat im Einsatz befindlichen Kopiergeräten wurden Kopien für 3.754.550 S angefertigt, was bei einem Durchschnittspreis von rund 0,50 S pro Kopie 1.877.275 Kopien entspricht. An Zugehör wie Prägebänder, Tonbandkassetten sowie Betriebsmitteln für die Druckerei wie Farben, Folien, Reinigungsmittel wurden 328.141 S ausgegeben. Alle Buchhaltungsabteilungen wurden mit je einem Philips-Computersystem P 440 ausgestattet. Für diese große Anschaffung sowie für Zahlungen zum Ankauf der IBM-Zentraleinheit 370/158 und weiterer Zubauten, Modems und Drucker, für einen Kienzle-Bürocomputer und Drucker für die Berufsschule für Einzelhandel wurden 34.718.236 S aufgewendet. Die Miete und Wartung von *Datenverarbeitungs-* und Datenerfassungsmaschinen sowie für EDV-Hilfsmaschinen und Beleglesung betrugen 53.248.529 S. Die Tendenz der Mietpreise war gleichbleibend, die Kosten für die Wartung erhöhten sich um 3,5 bis 5 Prozent. Zum Betrieb der Anlagen wurden Magnetbänder, Magnetplattenstapel, Farbtücher, Programmplatten, Kabel, Plastikvorschub, Reinigungsgewebepollen benötigt, wofür die Ausgaben 2.983.736 S betrugen.

In der Druckerei der Abteilung wurden 1.323 Druckaufträge zu einem Gesamtwert von 4.422.026 S und in der Adressieranlage 172 Aufträge für 435.065 S erledigt. Dem Gewerbe sind 2.375 Aufträge zu 44.372.877 S vergeben worden. Die Anzahl der Aufträge und die Höhe der Preise haben sich gegenüber 1978 nicht wesentlich verändert. In der Buchbinderei der Abteilung wurden 1.901 Aufträge zu einem Betrag von 2.382.000 S ausgeführt. Weiters wurden dem Gewerbe 525 Buchbinderaufträge zu einem Betrag von 3.286.000 S vergeben. Für die Durchführung von 5.893 Vervielfältigungsaufträgen wurden 7.778.000 S aufgewendet.

In der Druckerei wurden Ende 1979 Überlegungen angestellt, an der Kamera neue Materialien (Filme) zu testen. Diese Filme sind zwar etwas teurer, aber qualitativ besser. Zur Zeit werden mit diesem Material (IPP) noch Versuche unternommen. Durch Ankauf eines Anleimergerätes in der Buchbinderei wurde die Qualität bei der Herstellung von Leimungen verbessert. Dieses Gerät bewirkte auch eine wesentliche Zeitersparnis bei der Herstellung von Broschüren. In der Setzerei wurde eine Korex-Abziehpressen angekauft, auf der Qualitätsverbesserungen bei der Herstellung von Druckfilmen und Diplomen — diese Arbeiten wurden bisher auf der Planeta durchgeführt — sowie eine geringe Arbeitserleichterung für die Schriftsetzer erzielt wurden.

Im Jahre 1979 waren, bedingt durch die länger andauernde Kälteperiode, Verknappungen auf dem *Heizölsektor*, speziell bei Ofenheizöl und Heizöl leicht, spürbar. Daher mußten vermehrt Anstrengungen unternommen werden, um die Beschaffung dieser Produkte sicherzustellen. Die Referenten wurden angewiesen, die Einteilung der Lieferungen präzise vorzunehmen. Das Problem bestand darin, die einzelnen Bedarfsstellen möglichst optimal zu bevorraten. Durch die Umsicht der Referenten traten für die Verbrauchsstellen keine Schwierigkeiten auf, zeitweilige Engpässe konnten überbrückt werden. Die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung in der Österreichischen Mineralölverwaltung brachte Probleme in der Manipulation mit Brennstoffen mit sich, vor allem auf dem Distributionssektor. Die Preise für die eingekauften Brennstoffe wurden 1979 mehrfach erhöht. Sie stiegen bei Briketts um 13,0 Prozent, bei Steinkohle um 16,5, bei Braunkohle um 14,7, bei Koks um 12,3 bis 19,0, bei Unterzündern um 11,0, bei Heizöl schwer um 26,4, ferner bei Heizöl mittel um 23,1, bei Heizöl leicht um 20,3, bei Heizöl STI um 31,3 und bei Ofenheizöl um 39,6 Prozent. Die Fuhrlohne stiegen um 11 Prozent an.

Im Jahre 1979 wurden an Brennstoffmengen 1.308.000 Liter Ofenheizöl, 50.059 Tonnen Heizöl schwer, mittel, leicht und STI ausgeliefert, ferner 8.815 Tonnen Hüttenkoks, 495 Tonnen Inlandsbraunkohle, 433 Tonnen Rekord-Briketts, 153 Tonnen Polnische Steinkohle und schließlich 44 Tonnen Brennholz, 41 Tonnen Unter-





Amtsführender Stadtrat Hans Mayr (Finanzen und Wirtschaftspolitik) besuchte anlässlich der Grundsteinlegung für eine Montagehalle für Schwerstfahrzeuge das Werk Simmering der Steyr-Daimler-Puch AG

#### Finanzen und Wirtschaftspolitik

Das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (UNO-City) wurde am 23. August 1979 eröffnet. Der Bau der UNO-City brachte neben der Aufwertung Wiens als internationales Zentrum auch wertvolle Impulse für die österreichische Wirtschaft







Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (Amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Familie) bei der Eröffnung des Übungskindergartens im Sozialausbildungszentrum im 21. Bezirk, Schloßhofer Straße 33

## Jugendamt

Ein neues Kindertagesheim wurde im 16. Bezirk, Maderspergerstraße 1, eröffnet





zunder, 24 Tonnen Sägespäne sowie 15 Tonnen Schmiedekohle. Der Aufwand hierfür betrug rund 136 Millionen Schilling. Für Wärmelieferungen von den Fernheizwerken Spittelau und Kagran an diverse Amtsstellen wurden rund 9 Millionen Schilling an die Heizbetriebe Wien bezahlt.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten mit **E i n r i c h t u n g s g e g e n s t ä n d e n** in einzelnen Dienststellen sowie in Krankenanstalten und Pflegeheimen wurden fortgesetzt. Im Bereich des Rathauses waren auf Grund von baulichen Adaptierungsarbeiten Repräsentationsräume einzurichten. Das Büro des Städtebundes und das Rechtsmittelbüro der Magistratsdirektion erhielten ebenfalls eine neue Ausstattung. Im Alten Rathaus wurden die Räume der Bezirksvorstehung renoviert. Die Erneuerung des Mobiliars war schwierig, da es dem Charakter der baulichen Ausstattung entsprechen mußte. Ferner wurden die Büros der Bezirksvorstehungen des 11., 14. und 15. Bezirkes fertiggestellt. Der auf Initiative des Herrn amtsführenden Stadtrates für Kultur entstandene Bürgerdienst benötigte Einrichtungsgegenstände für eine Zentrale und etwa 10 Außenstellen: in diesem Fall war besonders die Terminplanung von Bedeutung, da kurzfristige Eröffnungstermine festgelegt wurden. Der Neubau des Amtshauses 1, Rathausstraße 1, soll Anfang 1980 von der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung und einigen Buchhaltungsabteilungen bezogen werden. Da für die Datenverarbeitung, die in Großraumbüros untergebracht wird, spezielle Büromöbel, Stellwände und Wandverbauten gebraucht werden, war es erforderlich, die notwendigen Kontaktgespräche abzuwickeln, Ausschreibungen auszusenden und die Bestbieter zu ermitteln.

Um die zahlreichen Neuerwerbungen und die vielen vorhandenen Exponate besser zur Schau stellen zu können, wurden für die Magistratsabteilung 8 30 Vitrinen verschiedener Ausführung beschafft. Die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde fortgesetzt, außerdem waren die Kindertagesheime in 12, Wiener Flur, und Am Schöpfwerk, sowie in 21, Jedlersdorfer Straße 96, neu einzurichten. Reparaturen fallen ebenfalls immer in großer Menge an und werden fast ausschließlich durch die Tischlerei der Abteilung erledigt. In den ebenfalls zum Jugendamt gehörenden Mütterberatungsstellen und Bezirksjugendämtern wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Besondere Schwierigkeiten macht die Ausstattung der Heime für Kinder und Jugendliche, da die verantwortlichen Psychologen immer mehr Wert auf familiengerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs wurde überholt oder erneuert. Die neuentstandene Magistratsabteilung 13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung — mußte zum Großteil neu eingerichtet werden. Außerdem wurden im Zuge der Renovierung von Büchereiaußenstellen die Objekte 10, Hasengasse 38, und 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 332, mit neuer Einrichtung ausgestattet und die Möbel zahlreicher anderer Büchereien repariert.

In den Objekten des Gesundheitsamtes waren viele Reparaturarbeiten erforderlich, die durch die Werkstätten der Abteilung erledigt wurden. Neu entstanden sind der Psychosoziale Dienst in 21, Schöpfleuthnergasse 20, sowie das Drogenzentrum in 9, Borschkegasse 1, die entsprechend möbliert werden mußten. Im Bereich der Magistratsabteilung 17 waren unter anderem im Sozialmedizinischen Zentrum Ost rund 550 Wohneinheiten im Personalwohnheim, Teile der Krankenpflegeschule und die Verwaltung einzurichten. Im Allgemeinen Krankenhaus sind einige Kliniken, wie die Kieferchirurgie, Blutgruppenserologie, II. Universitäts-Hautklinik und die Arbeitsmedizin, baulich adaptiert und neu möbliert worden. Das Wilhelminenspital sowie die Pflegeheime Lainz und Liesing wurden mit Schrankwänden für Pfleglingszimmer beliefert, außerdem waren im Personalwohnhaus Lainz weitere 190 Wohneinheiten mit Möbeln zu versehen; in diesem Heim mußten ferner die Aufenthaltsräume rustikal und gemütlich ausgestattet werden.

Im Auftrag der Magistratsabteilung 18 wurde für die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Ost ein entsprechendes Büro etabliert. In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 24 waren unter anderem das Kindertagesheim in 23, Mehlführergasse-Keltengasse und verschiedene Mieterlokale einzurichten. Außerdem mußten auf Grund des Postgesetzes Hausbriefachanlagen im Wert von 400.000 S angeschafft und montiert werden. Auf Rechnung der Magistratsabteilung 30 waren die Betriebsgebäude der Hauptkläranlagen und des Inselempumpwerkes bei der Steinspornbrücke sowie das Betriebslokal im 19. Bezirk mit geeignetem Mobiliar einzurichten. Die technischen Abteilungen, wie zum Beispiel die Magistratsabteilungen 29, 32, 34 und 46, erhielten zusätzlich Personal sowie Räumlichkeiten beziehungsweise gründeten neue Gruppen, für deren Ausstattung ebenso zu sorgen war wie für das von der Magistratsabteilung 44 eröffnete „Höpfelbad“. Für die Magistratsabteilungen 24, 27, 42 und 52 wurden etwa 650 Gartenbänke gekauft und gleichzeitig zahlreiche Bänke repariert. Das Amtshaus 15, Gassgasse 8—10, dessen Renovierung zügig fortschreitet, wurde auch mit neuem Mobiliar ausgestattet. Als zweite Rate standen hessen 350.000 S zur Verfügung. Die Wiener Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 56 unter besonderer Bedachtnahme auf die Önorm A 1650, die körpergerechte Schulmöbel verlangt, mit dem notwendigen Mobiliar versorgt. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in Höhe von 16,300.000 S vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel aususchreiben und nach Begutachtung durch Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen. Anlässlich der Nationalratswahl 1979 war ein Teil der rund 2.200 Wahllokale mit Tischen, Sesseln, Wahlzellen und Wahlurnen zu versorgen. Der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte waren gleichfalls zu veranlassen. Ähnliche Probleme brachte die Arbeiterkammerwahl 1979 einige Monate später mit sich.



Die Preiserhöhungen hielten sich im Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgegeben war: Holzmöbel stiegen um rund 4 Prozent, Metallmöbel um rund 2,5. Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden (ohne Schulbedarf) 87,858.790 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6,559.470 S. Auf die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln entfielen 25,231.430 S, auf die Reparaturen von Schulmöbeln und Lehrmitteln 16,267.730 S. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 4,979.170 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Baustoffen aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. Im Jahre 1979 wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 956.323 Tonnen beschafft, hierfür waren 326,163.632 S erforderlich. Die angeschafften Materialmengen setzen sich wie folgt zusammen:

	Tonnen
Zement, Ziegel, Betonfertigteile, Sand .....	258.150
Schotter, Granitmaterial, Holz, chemische Produkte .....	689.627
Stahl, Steinzeug, Beton- und Eisenwaren .....	8.546

Nach Bedarfsträgern gegliedert, entfielen hievon auf:

	Tonnen	Schilling
Nutzbauten .....	2.847	13,310.901
Wohnhausbauten .....	86.100	94,309.558
Kultur, Schul- und Sportwesen .....	2.996	17,139.702
Straßenbau .....	186.888	44,493.134
Brückenbau .....	81.301	12,239.650
Kanalisation .....	35.098	16,681.115
Wasserwerk .....	168.203	17,084.615
Stadtreinigung und Fuhrpark .....	49.456	7,302.351
Sonstige Abteilungen .....	210.978	51,750.990
Wiener Stadtwerke .....	563	1,174.495
Sonstige Unternehmungen .....	131.893	50,657.121

Preiserhöhungen, die durch die Paritätische Kommission genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden. Bei Torstahl konnten 1979 durch die Eigenlager temporäre Nachlässe genützt werden.

Am Steinlagerplatz wurden 5.509 Tonnen Natursteinmaterial umgeschlagen. Das gelieferte Material wurde überprüft, die Qualität für gut und der Ausschreibung entsprechend befunden. Bei einer am 13. Juni 1979 stattgefundenen Besprechung wurde die Abteilung von der Magistratsabteilung 28 in Kenntnis gesetzt, daß der Lagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, bis Beginn 1983 freigemacht werden muß, da das Areal für die Errichtung eines U-Bahn-Bahnhofes benötigt wird. Am 25. Juli wurde die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation hiervon informiert und um die Bereitstellung eines Ersatzgrundstückes ersucht.

Die Erneuerung der Hoffassade des Verwaltungsgebäudes im Zentrallager wurde mit dem Einbau neuer Alu-Fenster, der Feinputzarbeit und der Generalinstandsetzung des Flugdaches abgeschlossen. Weiters konnte der erste Teil des Kanalerneuerungskonzeptes innerhalb des Lagerareals beendet werden. Außerdem wurden sämtliche Elektroinstallationen überprüft. Zur rationelleren Abwicklung von Lagervorgängen wurden zwei weitere Handgabelhubwagen angekauft. Für interne Ausbesserungsarbeiten an der Dienstbekleidung der im Lager Beschäftigten wurde eine neue Industrienähmaschine in Betrieb genommen. Für Verrechnungsarbeiten der Verwaltung konnten zwei neue elektrische Rechenmaschinen bereitgestellt werden. Durch Rationalisierungsmaßnahmen in der Auslieferung konnten die ständig steigenden Transportleistungen mit gleichbleibendem Leistungspotential bewältigt werden. Zur Leistungssteigerung wurde die Anstreicherwerkstätte mit zwei Farbspritzgeräten, die Tischlerei zwecks Montagearbeiten mit einem elektro-pneumatischen Bohrhämmer samt Zubehör sowie die Schlosserei mit einem Handnietzangenset neu ausgerüstet.

Die Städtische Bäckerei versorgt die städtischen Krankenanstalten, Pflegeheime und Jugendheime sowie einige Pensionistenheime mit Brot und Gebäck. Die Belieferung der städtischen Kindertagesheime mit Brot und Gebäck über die WÖK entfällt seit Anfang Mai, da die Firma GUSTANA nunmehr die Versorgung der Kindertagesheime zur Gänze übernommen hat. Da diese Firma die Kindergärten nur einmal wöchentlich mit den Menüs anfährt und auch verpacktes Brot nicht 8 bis 9 Tage genussfähig bleibt, mußte von einer Belieferung der städtischen Kindertagesheime mit Brot Abstand genommen werden.

Im Jahre 1979 wurden insgesamt 1,495.780 kg Backwaren erzeugt, und zwar Schwarz- und Weißbrot



951.789 kg, Gebäck, schwarz und weiß, 394.413 kg und Milchgebäck 149.578 kg. Während bei Brot gegenüber dem Jahre 1978 ein Rückgang der Produktion eintrat, erhöhte sich die Erzeugung von Milchgebäck um 12.257 kg.

Auf Grund der Mehlerhöhung ab 1. August 1979 um 4,8 bis 6,3 Prozent sowie durch die ab 13. August in Kraft getretene Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie im Ausmaß von 4,19 Prozent mußten die Backwarenpreise neu kalkuliert werden. Die neuen Preise gelten ab 1. September 1979.

Neben den laufenden Instandhaltungsarbeiten, Elektroinstallationen und diversen Reparaturen an Maschinen und Geräten wurden Malerarbeiten im Expedit und in der Ofenhalle durchgeführt, in der außerdem auch 4 neue Alu-Fenster angebracht wurden. Für die Tiefkühlanlage wurden 20 Transportwagenln angeschafft. Mit Mitte Dezember konnte eine neue Semmelanlage in Betrieb genommen werden. Diese Anlage ist mit stufenlosem Getriebe ausgerüstet und hat eine Stundenleistung von 10.000 beziehungsweise 12.000 Stück. Die Kapazität der bisher in Betrieb stehenden Anlage betrug 5.000 Stück/h. Hiefür waren Umbauten an der Teiggrutschanlage erforderlich. Außerdem soll mit Beginn 1980 ein Etagenbackofen der Type MATADOR MK 150 in Betrieb genommen werden. Mit den baulichen Vorbereitungen, wie Abtragen, elektrische Anschlüsse usw., wurde noch im Jahre 1979 begonnen.

An Rohmaterialien wurden unter anderem 673.468 kg Weizenmehl T 700, 242.863 kg Roggenmehl T 960, 107.300 kg Brotmehl T 1600, 26.787 kg Backhefe, 19.600 kg Speisesalz, 12.558 kg Back-Aroma-Sauer und 10.725 kg Fertigmehl HTM verbraucht.